

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Bietestückel 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserions-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Kolonnen-
zeile oder deren Raum 30 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Erwauns-
und Verkunnungs-Anzeigen 20 Pf.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Dienstag, den 3. November 1914.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Die ersten Kämpfe in Kleinasien.

Ein russischer Vorstoß nach Ostpreußen zurückgewiesen.

Die Meldung des deutschen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, 2. Novem-
ber, vormittags. Mitteilung der obersten Heeres-
leitung. (W. Z. B.) Im Angriff auf Bpres
wurde weiter Gelände gewonnen. Messines ist
in unseren Händen.

Gegenüber unserem rechten Flügel sind jetzt
mit Sicherheit Inder festgestellt. Diese kämpfen
nach den bisherigen Feststellungen nicht in eigen-
geschlossenen Verbänden, sondern sind auf
der ganzen Front der Engländer verstreut.

Auch in den Kämpfen im Argonnerwalde
wurden Fortschritte gemacht. Der Gegner erlitt
hier starke Verluste.

Im Osten ist die Lage unverändert. Ein
russischer Durchbruchversuch bei Sziſſkehmen
wurde abgewiesen.

Die Kämpfe nördlich von Lille.

London, 2. November. (Z. U.) Der Korrespondent der
„Daily Mail“ berichtet, daß die Kämpfe nördlich von Lille mit ver-
zweifelter Erbitterung zwischen Engländern und Bayern
ausgefochten werden. Mehrere Tage hätten die Engländer oft einer
bedeutenden Uebermacht standgehalten und unter dem bayerischen
Artilleriefeuer, das in den Schützengraben Verheerungen anrichtete,
gelitten. Sie hätten andauernd die Stellungen wechselweise gestürmt
und wieder verlassen. Auch zwischen La Bassée und Bethune
kam es zu erbitterten Kämpfen. Große deutsche Geschütze, die die
Entfernung genau abgeschätzt hatten, haben furchtbare Verheerungen
angerichtet.

Der Chef des Generalstabes im Erholungsurlaub.

Berlin, 2. November. (W. Z. B.) Der Chef des Ge-
neralstabes des Feldheeres, Generaloberst v. Moltke, über
dessen Erkrankung kürzlich berichtet wurde, bedarf zu seiner völligen
Wiederherstellung eines Erholungsurlaubs. Seine Majestät
der Kaiser hat ihm zu diesem Zweck das Schloß in Homburg zur
Verfügung gestellt. Generaloberst v. Moltke hat sich am
2. November dorthin begeben. Seine Vertretung verbleibt wie
früher in den Händen des Kriegsministers, Generalleutnants von
Falkenhayn.

Gedrückte Stimmung.

Kopenhagen, 1. November. (W. Z. B.) „Politiken“
meldet aus London. Die Stimmung ist hier sehr ge-
drückt wegen des Unterganges des Kreuzers
„Hermes“. In Dover wehen die Flaggen halbmast,
da die Mehrzahl der umgekommenen Seeleute aus Dover
stammte.

Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe in Galizien.

Wien, 2. November. (W. Z. B.) Amlich wird ver-
lautbart: 2. November mittags. Die Kämpfe in Russisch-
Polen dauern an. In den Gefechten am San hatten die
Russen, namentlich bei Kosowadow, schwere Verluste.
Wir brachten dort 400 Gefangene ein und erbeuteten drei
Maschinengewehre. Südlich Starz Sambor nahm eine Gefechts-
gruppe gleichfalls 400 Russen gefangen. In diesem Raume
und nordöstlich Turka machte unsere Vorrückung weitere Fort-
schritte.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hoefler, Generalmajor.

Der russisch-türkische Krieg.

Die ersten Kämpfe.

Trapezunt, 2. November. (W. Z. B.) An der
russisch-türkischen Grenze haben bereits Kämpfe
zwischen den russischen und den türkischen Truppen begonnen.

Ein englischer Angriff.

Konstantinopel, 2. November. (Meldung des Wiener
K. K. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Nach glaubwürdigen Meldungen
ist eine englisch-französische Flotte gestern vor-
mittag im Golf von Tschesne in Kleinasien eingelaufen,
wo sie das kleine türkische Kanonenboot „Bural
Reis“ und den Dampfer „Ainali Aga“ angreifen wollte. Der
Kommandant des „Bural Reis“ versenkte, um sie nicht
vom Feinde vernichten zu lassen, den Dampfer „Ainali
Aga“ und sprengte sein Kanonenboot in die
Luft.

Noch keine Kriegserklärung.

Konstantinopel, 2. November. (W. Z. B.) In Besprechung
der Lage geben die inspirierten Blätter zu, daß die Zwischen-
fälle im Schwarzen Meere wohl die Form des Krieges
angenommen hätten, sie erklären aber, daß sie nicht einen
offiziellen Kriegszustand geschaffen hätten. Ob-
wohl die Pforte im Rechte sei, wolle sie dennoch vor der Ge-
schichte und dem Gewissen der Menschheit beweisen, daß sie
sich im Zustande gerechter Verteidigung befinde. Troß der
jetzt im Schwarzen Meere erlangten Ueberlegenheit zur See,
werde es nicht die Türkei sein, welche zuerst den Krieg erklären
werde. Wenn man aber den Krieg um jeden Preis wolle, so
werde die Türkei ihm nicht ausweichen.

Der „Tanin“ meldet, daß die türkische Flotte
gestern keine Bewegungen im Schwarzen Meere aus-
geführt habe. Sie erwarte nun den Befehl, vor oder zurück
zu gehen. Der „Tanin“ hält die Ereignisse im Schwarzen
Meere für einen Grenzzwischenfall und sagt: Wenn
Rußland will, so werde man nicht weiter gehen.
Der Schlüssel zum Friedensproblem liege in Petersburg.

Ein türkischer Bericht.

Konstantinopel, 2. November. (W. Z. B.) Eine amtliche Mit-
teilung gibt bekannt, daß die Offiziere und Matrosen des russischen
Minenschiffes „Pruth“ in einem Verhör zugestanden haben, daß
der „Pruth“ in Sewastopol mit Minen beladen worden sei. Den
Offizieren und der Besatzung des „Pruth“, die Jahre hindurch auf
dem russischen Stationschiff in Konstantinopel gedient hatten, waren
die Gewässer des Bosporus vollkommen vertraut. Als die russische
Flotte erfuhr, daß ein schwacher Teil der türkischen Flotte sich zu
Übungsübungen in das Schwarze Meer begeben hatte, ging sie am
27. Oktober von Sewastopol in südlicher Richtung in See
und ließ nur ein Verteidigungsgeschwader vor Sewastopol zurück.
Auch der „Pruth“ fuhr in südlicher Richtung ab. Die Absicht der
russischen Schiffe war, vor der Bosporusmündung Minen
zu legen, das kleine, sich im Schwarzen Meer aufhaltende türkische
Geschwader anzugreifen und die türkische Hauptflotte, wenn sie diesem
Geschwader zu Hilfe eilen sollte, durch Minen zu vernichten. Die
türkische Flotte aber bemerkte das russische Minenschiff, das von
Torpedobooten begleitet war, zur rechten Zeit und brachte es, wie
dies in den letzten amtlichen Darstellungen bereits geschildert
wurde, zum Sinken. Von den russischen Offizieren sind fünf
gerettet worden, darunter ein Fregattenkapitän. Alle Gefangenen
wurden nach Ismid gebracht.

Die Kabelverbindung mit Obeſſa ist unterbrochen.
Die telegraphische Verbindung mit dem Auslande ist auf das
deutsche Kabel nach Konstantinopel und über Smyrna-Syra gelegt
worden.

Die Russische Bank, verschiedene russische Betriebe und die
Mehrzahl der russischen Klöster sind geschlossen.

Keine Aktion in Lybien.

Berlin, 1. November. (W. Z. B.) In einigen italienischen
Blättern wird die Befürchtung geäußert, daß nunmehr nach Ausbruch
der Feindseligkeiten im Orient die islamische Bewegung auch nach
Lybien übergreifen könnte. Wie wir demgegenüber feststellen
können, liegen Zusicherungen der Pforte vor, daß sie in
Berücksichtigung der italienischen Interessen alle erforderlichen Maß-
nahmen trifft, um die islamische Bewegung von Lybien
fernzuhalten.

Der Ursprung des Kosakentums.

Seit 1813 ist der Name der Kosaken in Europa berüch-
tigt. Als die große Armee, die Napoleon aus den befein
Soldaten aller Herren Länder zusammengerafft hatte, durch
das verwüstete Rußland zurückzog, genigte der Ruf: „Die
Kosaken kommen!“, um die Tapfersten der Tapferen in
panischen Schrecken zu versetzen. Auf den Fersen der ge-
schlagenen Armee drangen dann die Kosaken in Deutschland
ein, und noch heute lebt die Erinnerung daran, daß diese „Be-
freier“ unendlich wilder im Lande hausten, als jemals die an
eiserne Disziplin gewöhnten Truppen des Kaisers. Freilich,
die „angesehene“ Presse Deutschlands brachte es fertig, den
Kosaken posthume Lorbeerkränze zu flechten, als zur Feier der
Schlacht von Leipzig Jar Nikolaus gnädigst geruhete, in der
Militärdeputation auch Kosaken in die Stadt an der Weiche
zu senden. Just ein Jahr ist es her . . .

Seute ist es ein sicher aktuelles Thema, über die Kosaken
zu schreiben. In Ostpreußen und in Galizien weiß man ein
Lied von ihnen zu singen.

Das Wesen des Kosakentums läßt sich nur historisch er-
klären. — Am sichersten ist die Geschichte der ukrainischen
Kosaken bekannt, die heute nicht mehr existieren. Das Wort
selbst ist tatarischen Ursprungs und bedeutet — Straßen-
räuber. Dieser Name hat auch seinen guten Grund. Zurück-
zuführen ist nämlich das Kosakentum auf Rauberbanden, die
sich am Dnjepr festsetzten. Diesen Strom entlang führte einst
eine belebte Handelsstraße von Byzanz nach Norden. Südlich
von Kijew wird die Schifffahrt infolge der Stromschnellen
(Vorogi) unterbrochen, und hier setzten sich die Wegelagerer
fest, die den byzantinischen Kaufahrern schwer zu schaffen
machten. Als dann im 13. Jahrhundert die Tataren die süd-
russische Steppe überschwemmten, waren die wehrhaften Leute
von den Stromschnellen, die Saporoger, die einzigen, die
ihnen Widerstand leisteten. Es bildete sich so am Dnjepr, in
der Ukraine, ein eigenartiges Gemeinwesen: halb Ritterorden,
halb Rauberbande. Allerlei abenteuerlustiges Volk zog in das
Kosakenlager, die Sicz, (lies: Sitsch), entlaufene Bauern
aus Polen, der Moldau, aus Ungarn, aber auch manch obli-
ger oder bürgerlicher Tunichtgut. Wer einen Gaul sein eigen
nannte und eine starke Faust hatte, war willkommen, nach
Kam' und Art fragte man nicht. Nur das Zeichen des Kreuzes
müßte der Fremdling machen und den Mueßelmännern Feind-
schaft schwören. Kampf gegen die Tataren und Raubzüge
nach allen Himmelsgegenden waren das Element der Kosaken.
Weiber duldete man nicht in der Sicz, aber es stand dem
Kosaken frei, sich in der Steppe einen Hof zu errichten, einen
Sutor, wo er Weib und Kind unterbrachte.

Die polnische Adelsrepublik betrachtete die Ukraine als
ein unter ihrer Oberhoheit stehendes Gebiet, hatte aber wenig
Freude an den Kosaken, weil bald die Türkei, bald Rußland
sich über die Raubzüge beizuwerten. Weibliche Staats-
männer Polens suchten dann im 15. Jahrhundert die Kosaken
zu einer Grenzwaſche des Landes zu machen. Der Plan
scheiterte an der Habſucht des Adels, der die Ukraine zu koloni-
sieren suchte, d. h. das Land an sich reichend die freien Kosaken
zu Fronbauern machen wollte. Der Kampf gegen diese Unter-
jochung im 16. und 17. Jahrhundert ist die heroische Zeit des
Kosakentums. In dieser Zeit verſuchen denn auch die Hetmane
der Kosaken, einen selbständigen Staat zu begründen. Doros-
schenko und Chmielnicki (lies: Chmielnicki) suchten
bold mit Polen ein Einvernehmen, bald verbünden sie sich
mit Rußland und der Türkei gegen Polen. Aber die Staaten-
bildung gelang nicht: im Kriege, der immer zum Raubzug
ausartete, war das Kosakenheer wohl zusammenzubalten, im
Frieden loderte sich jede Bande. Der letzte Hetman, der
solche politische Pläne hegte, war Mazepa (1640—1709): er
stellte Peter I. das Kosakenheer gegen die Türken zur Ver-
fügung, als aber der Zar die Selbständigkeit der Ukraine
nicht anerkennen wollte, schlug sich der Hetman auf Seite des
Schwedenkönigs und kämpfte gegen Rußland. Die Nieder-
lage der Schweden bei Poltawa (1709) begrub die Hoffnungen
der Kosaken.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wiegelte die
Zarin Katharina die Kosaken gegen Polen auf, und die lang-
wierigen blutigen Kämpfe haben viel zum Zusammenbruch
Polens beigetragen. Sobald aber Polen mit Hilfe Oester-

* Es ist übrigens nicht das einzige tatarische Wort, das in der
Militärsprache erhalten blieb. Auch das Wort Man ist tatarisch
und bedeutet: „der Tapfere“. Die Polen nannten ihre leichte
Reiterei so und von dort kam der Name nach Deutschland.

reichs und Preussens erdroffelt war, schlug auch die letzte Stunde des freien Kosakentums: die Ukraine kam unter russische Herrschaft, die Zarin verschenkte das Land an ihre Günstlinge und die freien Kosaken wurden niedergeworfen, zu leibeigenen Bauern gemacht.

Ob die Kosaken am Don und Ural ihren Ursprung von den ukrainischen haben oder ob sie selbständig entstanden sind, ist zweifelhaft. Wahrscheinlich ist, daß nach Zusammenbruch der Tatarenherrschaft ukrainische Kosaken in den Dienst der Zaren von Moskau traten, daß ihnen Land am Don angewiesen wurde, wo sie ihre heimatliche Organisation nachahmten, d. h. Baneraböfe gründeten, in der Hauptsache aber vom Kriege lebten; nur daß sie hier keine Gelegenheit zu großen Raubzügen auf eigene Faust hatten, sondern im Dienst der Zaren standen. Ähnlich mag auch das Kosakentum am Ural entstanden sein, von wo aus die Kosaken Sibirien den Zaren unterwarfen. Jüngst erhielten die Don- und Uralkosaken aber aus Großrußland, so daß sie schließlich Sprache und Sitten der Großrußen annahmen.

Was dem polnischen Staate nicht gelang, das brachte Rußland fertig: die Kosaken wurden seine Grenzwaage gegen Asien, aber darüber hinaus ein Instrument der Eroberung. Man systematisierte im 18. Jahrhundert das Kosakentum in der Weise, daß man den Kosaken in den eroberten Gebieten Ländereien überwies. Sie blieben frei von Fronarbeit und Steuern, mußten aber stets eine Anzahl berittener und bewaffneter Krieger stellen, die für Rußland Heeresdienst leisteten. Auf diese Weise sind die „freien“ Kosaken das Element, durch das die zarische Regierung die unterjochten Völker in Zentralasien und im Kaukasus beherrscht. Das Bestehen eines solchen Heeres hat aber noch eine ganz besondere Folge gezeitigt: die Kosaken wurden zu einem Instrument gegen den „inneren Feind“. Der Kosak fühlt sich als Mitglied einer Kriegerkaste. Solange die Leibeigenschaft in Rußland herrschte, also bis in die sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, bestand zwischen den leibeigenen Bauern und den freien Kosaken eine unüberbrückbare Kluft. Wenn die Bauern gegen die Gutsbesitzer rebellierten, was im 19. Jahrhundert sehr häufig vorkam, dann konnte es gefährlich sein, gegen diese Bauern reguläre Truppen anzusenden, weil die Soldaten sich ja aus der Bauernschaft rekrutierten und leicht mit den gepeinigten Bauern gemeinsame Sache machen konnten. Dagegen waren die Kosaken, eben als Kriegerkaste, zuverlässig. Es gab auch ein sehr einfaches Mittel, ihre gemeinen Instinkte aufzuwecken und sie zu willfährigen Werkzeugen der russischen Regierung zu machen: man ließ sie plündern und schänden nach Herzenslust! Rebellieren die Bauern, dann kommen die Kosaken, werfen den Aufstand nieder und dürfen dafür sich austoben an Kosten der gemarterten Bauern. So wurden die Kosaken systematisch zu Bluthunden der zarischen Regierung erzogen.

Nicht man das in Betracht, so wird es verständlich, daß eine Truppe, die im Frieden derart haufen darf, zu deren unüberbrücklicher Tradition das Plündern und Verwüsten gehört, auch im Kriege sich nicht leicht dem modernen Kriegsbau anpaßt. Nicht etwa aus einer Masseneigentümlichkeit erklärt sich die besonders rohe Kriegsführung der Kosaken, sondern sie ist ein Resultat der gesamten Institution, auf der das Kosakentum beruht.

Annexion Aegyptens!

London, 2. November. (W. T. B.) Die „Morning Post“ schreibt: Äthiopen hat zweifellos Vorbereitungen zur Verteidigung Aegyptens getroffen, und kann eine beträchtliche Streitmacht nach Aegypten verlegen. Sobald die Türkei England bekriegt, fallen die Verträge und Vereinbarungen weg, die den Stand Aegyptens zwischen England und der Türkei regeln. Die britische Regierung werde die bisher als türkische anerkannte Souveränität übernehmen. Der bisher an die Türkei für Aegypten und Ägypten gezahlte Tribut würde wegfallen. Das Blatt fährt fort: Die Aufgabe der britischen Regierung ist nunmehr die schwerste, die je der Regierung dieses Landes zuziel. Daher erlegt die Haltung der Türkei England und seinen Kolonien sowie Indien die Notwendigkeit zu neuen Anstrengungen auf. Rußlands Verbündete können nicht in Frieden mit der Türkei bleiben, während diese Rußland bekriegt. Man darf annehmen, daß die britische Regierung gemeinsam mit Frankreich und Rußland das Zusammenwirken libert.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

XLI.

Grenzgefechte im Nebel.

Dichter Nebel begrenzt die Aussicht. Nur langsam lichtet sich der Schleier. Gegen 11 Uhr morgens, am 28. Oktober, kann man, nur sehr unklar, in einer Entfernung von einem Kilometer deutsche Batterien erkennen. Die Enge des Horizonts macht die Kanonade, das Pfeisen plattender Schrapnells, das Bischen und Säusen der Geschosse noch unheimlicher. Weil sich die sinnlichen Wahrnehmungen fast nur auf das Ohr beschränken, glaubt man, das Grollen und Rollen, das Heulen und Geknatter sei noch lauter als an hellen Tagen. Man ist nicht ängstlicher, empfindet aber doch Unbehagen. In kaum 1000 Meter Entfernung krepieren Schrapnells; schlagen Geschosse ein, aber die charakteristischen Wälchen sind nicht zu sehen, nicht die Aufspritzer der den Boden aufwühlenden Granaten. Das macht unruhig. — Unser Führer schlägt vor, uns zunächst noch etwas auf dem von den Russen verlassenen Kampflap umzusetzen, die Verflüchtigung des Nebels abzuwarten und dann weiter zur Kampffront vorzugehen. — Das Umhauen war lohnend genug. Noch nirgends sah ich so harte Spuren des deutschen Artilleriefuers wie hier. In den Schützengräben lagen noch viele tote Russen in einem Gemisch von Blut und Regenwasser herum, das ordentliche Tümpel bildete. Einige Tote lagen halb oder fast vollständig im Geröll vergraben. Wahrscheinlich hatten einschlagende Granaten Erdmassen losgebunden und über die dahinterliegenden Menschen geworfen. Von einem Russen ragten nur noch die Stiefel aus dem Boden. Merkwürdig für uns war, daß wir unter den Halbberühmten auch einen deutschen Soldaten erkannten. Am deutlichsten zeigte sich uns die Wirkung des Artilleriefuers an den zerstückelten Gewehren. Zu Tausenden lagen sie umher; an einzelnen Stellen 6, 8, 10 auf einem Haufen. Einige waren zerbrochen, andere zusammengehoben, an fast allen der Kolben zerplittert. Rasenartig lagen Patronen umher, auch noch vollbeladene Vänder für Maschinengewehre. Die Russen müssen die Gräben, drei hintereinander, fluchtartig verlassen haben. Der letzte Graben war anscheinend überhaupt nicht benutzt worden. Ich untersuchte einige der von den Russen zurückgelassenen Feldflaschen; Tee war darin, in feiner Schnaps!

Gegen 1 Uhr rückten wir bis auf einen halben Kilometer hinter der deutschen Front vor. Der Nebelschleier hatte sich mehr gelichtet, zerfiel aber nicht vollständig; er hing über den Höhen und Wäldern, als wollte er die Kämpfer trennen. Aber unablässig donnert es hinter und herüber. Gerade wird eine neue

Ein Beduineneinfall in Aegypten.

Konstantinopel, 2. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Es wird gemeldet, daß zweitausend bewaffnete Beduinen in Aegypten eingefallen sind.

Auch der serbische Gesandte verläßt Konstantinopel.

Konstantinopel, 2. November. (W. T. B.) Die serbische Gesandtschaft hat das serbische Wappen vom Gesandtschaftsgebäude entfernt. Der serbische Gesandte wird entweder heute abend oder morgen abreisen.

Beschlagnahme eines russischen Dampfers.

Konstantinopel, 31. Oktober. (W. T. B.) Die Hafenbehörde hat den Dampfer „Koraljeva Diga“ der russischen Schiffsahrtsgesellschaft mit Beschlag belegt. Auf dem Dampfer wurde die ottomanische Flagge gehißt und bereits eine ottomanische Besatzung eingeschifft.

Der Krieg und die Kolonien. Tjingtau vor dem Falle?

Frankfurt a. M., 1. November. (W. T. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht folgende Havasmeldung aus Tokio: „Die Festung von Tjingtau ist zerstört worden. Die Operationen werden mit allgemeinem Erfolge fortgesetzt.“

Hierzu schreibt die „Frankfurter Zeitung“: Die Japaner hatten bereits vor längerer Zeit angekündigt, daß sie am Kamenstage ihres Mikado, dem 31. Oktober, ihm als Ehrengeschenk die eroberte Festung Tjingtau darbieten wollten. Dieser Wunsch war wohl auch der leitende Gedanke bei der Herausgabe des vorliegenden Telegramms, das die Havas-Nachrichten zu verbreiten sich natürlich eifertig bemühte; aber es ist offenbar unrichtig. Wir verhehlen uns nicht, daß unsere tapferen Landsleute in Tjingtau einen Verzweiflungskampf gegen eine vielfache Uebermacht zu führen haben, dem sie zum Schluß heldenmütig erliegen müssen. Aber noch wird es nicht so weit sein, denn wenn die Japaner die Festung von Tjingtau zerstört hätten, dann wäre es nicht erschütternd, gegen wen sich ihre weiteren „allgemein erfolgreichen Operationen“ richten sollten. Einen weiteren Schuß als die Festung besitzt Tjingtau nicht, und es müßte doch den Japanern ein Leichtes sein, mit ihrer gewaltigen Uebermacht nach der Zerstörung der Festung den offenen Platz zu nehmen. Es wird wohl richtig sein, daß das konzentrische Feuer von der Land- und Seeseite einzelne Teile der Festung beschädigt hat. Aber das geht aus der Havasmeldung deutlich hervor: noch hält sich in der Festung die heldenmütige Besatzung.

Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.

Oesterreichische Erfolge in Serbien.

Wien, 2. November. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: Unsere Offensive durch die Macwa schreitet stetig vorwärts. Aus seinen besetzten Stellungen vertrieben, hat der Gegner bisher nur wenig Widerstand geleistet; nur an der Nordflanke von Sabac mußten stark verchanzte Positionen im Sturmangriff genommen werden. Auch Sabac selbst wurde heute nacht erstürmt. Unsere durch die Macwa vorgeschobten Kolonnen haben die Bahnlinie Sabac-Plesnica bereits überschritten. Kavallerie ist am Feinde und hat auch Gefangene gemacht.

Einen schweren Verlust haben unsere Vorkampfbatterien zu beklagen. Der Feldpilot Oberleutnant Sanchez wurde von einem feindlichen Geschöß, welches auch seinen Beobachter verlegte, schwer verwundet. Trotz furchtbarer Schmerzen und mit Aufbietung seiner letzten Kräfte vermochte der wacker Pilot seinen Apparat noch auf den zitta 70 Kilometer entfernten Flugplatz zu steuern und dort glatt zu landen. Oberleutnant Sanchez ist gestern seinen Wunden erlegen. Vor seinem Tode erhielt er noch das ihm von Seiner Majestät telegraphisch verliehene Militärverdienstkreuz.

Potiorek, Feldzeugmeister.

Der Aufstand in Südafrika.

Kapstadt, 2. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Oberst Alberts hat die Aufständischen im Distrikt von Lichtenburg geschlagen.

Führer der Aufständischen gefangen.

Pretoria, 1. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Oberst Gillerd meldet aus Kenhardt, daß zwei Führer der Aufständischen, Rajen Ben Coetsee und der Kapitän de Villiers gefangen genommen wurden.

Die Verluste.

Kapstadt, 2. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Von den durch Oberst Alberts im Distrikt von Lichtenburg geschlagenen Aufständischen wurden 13 getötet, 30 verwundet und 240 gefangen.

Die italienische Ministerkrise.

Rom, 2. November. (W. T. B.) In einem „Eintracht“ überschriebenen Leitartikel sagt „Giornale d'Italia“: Die parlamentarische Krise wird mit weitem Blick und großer Schnelligkeit gelöst werden. Das Land, das eine ruhige und vertrauensvolle Haltung zu Salandra anstrebt, wird heute das gleiche Schauspiel der Ruhe und Geschlossenheit bieten. Die Parteien und parlamentarischen Gruppen werden Manneszucht beweisen. Salandra wird mit der Bildung des Ministeriums beauftragt werden. Sein Ruf wird an Männer von gutem Willen ergehen und kann nicht wirkungslos verhallen. Es gilt, eine starke, gewissenhafte und erleuchtete Regierung zu schaffen. Eintracht ist die erste Bürgerpflicht und das vornehmste Interesse für das Vaterland.

Der König wird sich heute mit Manfredi, Marcora, Giolitti, Sonnino, Luzzatti, Carcano, Sacchi und Dissolati (dem Führer der reformistischen Sozialisten) über die Lage besprechen.

Eine Mahnung der „Humanité.“

Unser französisches Parteiblatt schreibt in der Nummer vom 27. Oktober, der „Frankf. Ztg.“ zufolge:

Die in Paris und den übrigen Städten Frankreichs ansässigen Ausländer sind bei Beginn der Robilmachung in besonderen Lagern im Innern des Landes vereinigt worden. Gewiß waren Vorkehrungsmaßnahmen angezeigt. Wir glauben aber, daß der Sieg unserer Truppen nichts von seinem Glanze verlieren würde, wenn wir diesen Unglücklichen gegenüber alle unsere menschlichen Pflichten erfüllen. Wir haben einige Auskünfte erlangt. Ueber das Fremdenlager von Montgazon in Angers stellen wir zunächst fest, daß sich unter den dort untergebrachten 800 Personen mindestens 500 Franzosen aus Frankreich befinden, die sich mit Ausländern verheiratet haben, deren Ursprung wir aber doch nicht vergessen dürfen, ohne ungerecht zu werden. Die Frauen sind mit ihren Kindern, in deren Adern ebenfalls französisches Blut fließt, in die Kesselfälle eines ehemaligen Seminars eingepfercht worden. Sie liegen dort auf Stroh. Viele waren gezwungen, ihre Wohnungen in aller Eile zu verlassen. Sie konnten weder für sich noch für ihre Kinder genügend Kleidung beschaffen, und dann hat man die Familien auseinandergerissen und Frauen und Kinder in Montgazon, während man ihre Männer in die Forst von Crest geschickt hat. Dabei muß betont werden, daß diejenigen Deutschen, die die Anhänglichkeit an ihr Land bewahrt haben oder die in Frankreich unangenehmes erwarren konnten, sich bei der Robilmachung schleunigst aus dem Staube gemacht haben; wenn es, was gewiß ist, noch Spione in Frankreich gibt, so kann man sicher sein, daß sie sich nicht in den Fremdenlagern befinden, sondern anderswo verbergen. In diesen Lagern hat man insbesondere Ausländer versammelt, die sich mit Franzosen verheiratet haben oder die seit langen Jahren in Frankreich wohnen und durch ein festes Band an unser Land gekettet sind. Sie haben nicht versucht, zu entfliehen, und liegen sich ohne Schwermütigkeit einschließen.

Die „Humanité“ erwähnt mehrere Beispiele von Deutschen, die seit mehr als 20 und 30 Jahren in Frankreich wohnen, aber trotz ihres Naturalisationsantrages und trotz der freiwilligen Anmeldung ihrer Söhne zum Militärdienst in das Fremdenlager verbracht worden sind. „Wir glauben nicht“, so fährt der Bericht fort, „daß diese Fremden zu fürchten seien. Jedenfalls wären wir es uns selbst schuldig, alle diejenigen, die sich unter dem Schutze unserer Gesetze in Frankreich ansässig gemacht haben, m e n s c h l i c h zu behandeln. Aber die Einrichtung des Fremdenlagers ist sehr mangelhaft, und wir verlangen wenigstens für die Frauen

Batterie aufgeföhren. Nicht lange dauert es und auch sie läßt ihre ebernen Schilde sprechen. In unserem Gesichtskreise arbeiten auf deutscher Seite sieben Batterien. Vor einer von ihnen leiten wir Reserveabteilungen der Infanterie beim Abföhren. Sie hämmern sich nicht im geringsten um die von den Russen herübergeschickten Schrapnells. Immer zahlreicher werden die langsam zerfliehenden Wälchen der meist zu hoch kriechenden Geschosse. In Deckung gelangen wir bis auf 400 Meter hinter die vorgeschobene deutsche Batterie. Sie und die vorgelagerten Schützengräben bekommen festes Feuer von den Russen. Einige Verwundete verlassen die Kampffront. — Auch weiter östlich versuchen die Russen einen Angriff zur Verteidigung eines Waldes. Als wir eine Stunde später auf dem Rückwege Ralmonola passieren, erzählen uns Offiziere der Ersatz- und Reserveabteilungen sowie abgehörter Bataillone: Der Wald ist gewonnen, die Gefangenen sind schon durchgemarschiert!

Nachmittags um 2 Uhr desselben Tages versuchten die Russen zwischen dem Wösziger und dem Kleinen See bei Ohlitz einen Durchbruch. Drei Regimenter waren dazu aufgeboden. Darunter das 335. Infanterieregiment aus dem Gouvernement Perm. Die Leute kamen zum erstenmal ins Gefecht. Der erste Vorstoß auf Prälauten wurde scharf abgewiesen. Dann versuchten die Angreifer, auf der Straße über Heddingen die Stellungen der Deutschen bei Babbeln zu überrennen. Im Schutze des Nebels schoben sie sich heran. Aber man war auf ihr Kommen vorbereitet. Nicht, als ob die Kräfte verstärkt worden wären, nur eine Kompanie stand hier bereit, aber es wurde scharf Wache gehalten. Die Köstlichkeit des Vorstoßes war verraten worden. Am Dienstag hatte man an den Sümpfen drei Russen gefangen genommen, darunter einen Verwundeten, der bereits bis zu den Knien im Sumpf steckte. Zu seiner offensündigen Verwundung erhielt er nicht nur einen Verband, sondern auch Nahrung. Er erzählte, daß ihnen gesagt worden sei, die russischen Gefangenen müßten selbst ihr Grab schaufeln und sich gegenseitig die Hälse abschneiden. Aus Freude darüber, daß er solchem Schicksal nicht verfallen, betriet er den für Mittwoch geplanten russischen Angriff. Vorgeschobene Posten meldeten gegen 4 Uhr die auf Babbeln vorrückenden Angreifer. Auf 500 Meter bekamen sie Feuer und wurden zurück. — In diesem Gelände kommen und gehen die Rebel. — Unter dem Schutze stärkeren Nebels versuchten die Russen, nochmals heranzukommen. Wieder trieb Feuer der Infanterie sie zurück. Dann war es Hill bis abends 1/2 9 Uhr. Unterstützt von Artillerie, griffen die Russen erneut an. Leuchtkegel und das Aufblitzen ihrer eigenen kriechenden Schrapnells brachten die Russen in den Gesichtskreis der Deutschen in den Schützengräben. Ihr gutgezieltes Feuer warf die Angreifer wiederum zurück. Die Geschosse ihrer Artillerie schlugen weit hinter

den deutschen Stellungen ein und blieben vollständig wirkungslos. Alles war nun ruhig bis zum anderen Morgen gegen 4 Uhr. Bis auf zirka 500 Meter waren die Angreifer herangelommen, als die Vorposten sie signalisierten. Aber sie bekamen keine weitere Portion. Die Deutschen verhielten sich ruhig. Der Leutnant im Schützengraben erklärte den Leuten: „Wenn jeder nur schießt, sobald er sicheres Ziel hat und dann erst losdrückt, so macht jeder von Euch zehn Mann lampfunfähig. Den Rest nehmen wir zusammen!“ — Das vorwiegend sumpfige Gelände zwang die Angreifer, nur auf der sicheren Straße vorzugehen. Ganz nahe vor den Schützengräben konnten die Feinde erst ausschwärmen. Aber so weit kamen nicht viele. Immer gedeckt von den Rebellen schoben sie sich näher. Noch ungefähr 50 Meter hatten sie bis zu den Schützengräben, da trachten die Salven. Reihenweise fielen die Russen. Immer neue Truppen wurden vorgeschoben und niedergestreckt. Dann begannen auch noch zwei Rajhingenweiber ihre grauige, niedermägende Arbeit. Aber Stundenlang schoben die Nachdrängenden ihre Vordermänner dem sicheren Tode entgegen. Nur wenige konnten von der Straße ausbiegen. Ihnen blieb die Wahl: in die Sümpfe, zurück ins Feuer oder in die Gefangenschaft! Sie zogen vor, sich zu ergeben. Ueber 200 waren es. Viel, viel mehr ihrer Kampfgenosse fanden den Tod. Keiner kam an die Schützengräben heran. Die Deutschen hatten nur ganz geringe Verluste, nicht eine Verwundung durch Artilleriefuer, das auch sehr wieder die Anstürmenden zu unterstützen versuchte. Aufstehend wollen die Russen trotz ihrer furchterlichen Verluste den Angriff auf diese Stellung noch nicht aufgeben.

Unter einem Trupp von 130 Gefangenen befand sich nur ein deutschsprechender Russe aus Warschau. Lachend erzählte er: drei Deutsche hätten sie gefangen genommen. Fast ausnahmslos gehörten alle Gefangenen, darunter ein Offizier, zum 335. Infanterieregiment. Die Mannschaften machten durcheinander einen gutmütig-harmlosen Eindruck. Es waren Leute zwischen 28 bis 40 Jahre, Keerbe und Landwehr; die meisten hatten Frau und Kinder zurückgelassen. Sie klagten, sehr schlecht bekleidet worden zu sein. Warmes Essen hätten sie nur selten bekommen. Ihre größte Sorge galt ihren Frauen und Kindern. Zu ihnen zog es sie zurück. Ob sie Hoffnung haben dürften, ihre Familie wiederzusehen? — Als sie hörten, daß ihnen nichts geschehen würde, kuschelte über die Gesichter der bärtigen Männer ein leichtes Lächeln der Befriedigung. Ausgerüstet waren die Leute ganz gut; sie trugen neue Mäntel immer eine Anzahl eifrig auf Zigaretten sabadet, verhielten sich diese Gefangenen absolut zurückhaltend. Ihre Gedanken überflogen wohl die Grenze, versetzten sie in den Kreis ihrer Angehörigen. Mögen sie bald zu ihren zurückkehren!

und Kinder etwas mehr Bequemlichkeit. Die Nahrung war ganz und gar ungenügend, man gab überhaupt kein Fleisch; sie ist, wie wir mit Vergnügen feststellen, jetzt ein wenig besser geworden. Aber warum verbietet man den besserbetrierten Ausländern im Fremdenlager, ihren ärmeren Genossen zu Hilfe zu kommen, wie sie wollen? Warum hat man besonders die Ernährung der Gefangenen als Monopol einer Person übertragen, die wohl aus Patriotismus den Gefangenen übertriebene Preise abverlangt? Warum gewährt man endlich diesen Gefangenen keine ärztliche Hilfe, die man selbst auf dem Schlachtfeld dem Gegner nicht verweigert? Man berichtet uns, daß ein Kind, der Sohn einer Französin, an Hirnhautentzündung im Fremdenlager gestorben ist, weil seine Aufnahme ins Spital abgelehnt wurde. Die Leiche wurde in einen Sack gesteckt und auf einem Karren fortgeschafft unter den Augen der armen Mutter.

Wirkungen des Krieges.

Der Krieg führt allerorts zu Umwälzungen, die nicht nur auf das wirtschaftliche Leben der Völker gewaltige Wirkungen ausüben, sondern auch die bisherigen, tief eingetragenen Verwaltungs- methoden über den Haufen werfen. So hätte sich beispielsweise niemand in Rußland träumen lassen, daß das Scherengrund der russischen Militärverwaltung die Intendantur unter dem Anführer der Ereignisse selber abdanken und Arbeitsmethoden vorschlagen würde, durch die sie selber zu einem großen Teil aus- geschaltet werden muß. In einem Rundschreiben, das neben dieser Dankerklärung der Intendanturverwaltung eine Reihe Kon- zessionen an die öffentliche Meinung enthält, schlägt der Haupt- intendant der Armeekommandierenden vor, folgende Verfügungen in ihren Militärbezirken zu erlassen:

1. Sämtliche Schuhmacher in allen Städten und Ortschaften des Bezirkes müssen eine bestimmte Anzahl Stiefel zu bestimmten Preisen für die Armeeverwaltung anfertigen. Zur Kontrolle werden Kommissionen aus Vertretern der Gesellschaft gebildet.
2. Sämtliche Lederfabriken und Ledergröbhandlungen müssen ihre Waren zu den ortsüblichen Preisen verkaufen.
3. Für den Bedarf der Armee müssen sämtliche hierzu geeignete Halbzeuge enteignet werden.
4. In sämtlichen Fleischfabriken und Großhandlungen werden die für die Bekleidung der Armee geeigneten Stoffe enteignet. Zugleich wird die Produktivität der betreffenden Fabriken auf das Maximum gesteigert.
5. Zur Anfertigung der Kleidungsstücke werden sämtliche Schneider des Bezirkes dem Bezirksintendanten zur Verfügung gestellt.
6. Sämtliche Leder- und Wägenwerkstätten werden dem Bezirksintendanten unterordnet und das erforderliche Material enteignet.

Zu den Prüfungskommissionen werden außer den Vertretern der Behörden Vertreter der Landschaften und Städte herangezogen.

Ein Instrument der Geschichte.

Einer unserer österreichischen Parteifreunde, der als Offizier die Kämpfe gegen die Russen in Galizien mitmachte, schreibt an seine Frau:

Wir sind am 28. August zum ersten Mal ins Gefecht gekommen, nahmen an einer mit Sieg beendeten Schlacht teil, die sechs Tage dauerte, wurden dann in Gewaltmärschen verschoben, waren dann sofort wieder an den großen Kämpfen in Ostgalizien beteiligt, um nach ihrer Beendigung gleich wieder einige Tage und Nächte auf dem Marsche zu sein. Wir lebten also zwei Wochen unter Verhältnissen, in denen ein ruhiger Bericht unmöglich war.

Während dieser ganzen Zeit hatte ich sehr viel Glück. Von meiner Kompanie sind drei Offiziere gefallen, zwei erkrankt — mir allein ist gar nichts geschehen. Es wird Dich interessieren, daß ich mein Leben eigentlich Deinen Landsleuten (Polen) verdanke. Am 3. September war ich mit drei Jügen Woche bei einer Brücke und wir wurden dort von vielfacher Uebermacht umzingelt. Zwei Offiziere und die Hälfte der Mannschaft fielen. Mir gelang es, mich mit 22 Mann durchzuschlagen. Dies verdanke ich nur den polnischen Ortsbewohnern, die mich mit eigener Gefahr stets über jede Bewegung der „Rostali“ unterrichteten, so daß wir durch Sumpf und Wald der Verfolgung entgingen. Die ungeheure Anspannungsfähigkeit der menschlichen Psyche lernt man im Gefecht erstauulich kennen. Nach einiger Zeit taucht man im feindlichen Feuer ganz gemächlich seine Zigarette — wenn man noch eine hat.

Noch größer ist vielleicht die Anpassungsfähigkeit der Physis (Körperlichkeit), die ich erfahren habe. Wir sind bis zu zwanzig Stunden von vierundzwanzig Stunden marschiert, hatten dabei tagelang nichts, oft nicht einmal ein Stück Brot zu essen, haben drei Wochen lang kein Dach über uns gesehen, bei strömendem Regen im Freien auf nassen Plätzen geschlafen und bei all dem bin ich ganz gesund geblieben, habe nicht einmal den üblichen Durchfall bekommen. Außerdem ist der Gesundheitszustand unserer Truppen überhaupt gut, von Cholera oder Typhus habe ich nichts gesehen, Dysenterie nur in leichter Form.

Gelernnt habe ich in diesen drei Wochen sehr viel. Zunächst natürlich militärisch. Ich habe den Krieg schon in fast allen Ge- sichtsleihen kennen gelernt: Vorrückung und Rückzug, Angriff und Verteidigung, Sieg und Niederlage. Seit dem fünften bin ich Kompaniekommandant und habe damit eine große Menge mit sonst fremder Sorgen, aber es geht auch damit ganz leicht.

Wertvoller aber ist mir die Erweiterung des psychologischen Gesichtsfeldes, die ich dem Feldzug verdanke. Der Krieg ist ja die gewaltigste aller Rassenaktionen und unsere in der Welt hat sonst keine Gelegenheit, mit Arbeitern, Handwerker, Bauern so intim zusammen zu leben, ihr Ach und Weh so gründlich kennen zu lernen wie im Felde, wo der Offizier mit dem Mann ist, schläft und isst. Von der Welt sind wir vollständig abgeschnitten, haben keine Zeitungen, keine Kenntnis von den Vorgängen auf den anderen Kriegsschauplätzen.

Das Glück, das ich bisher im Gefecht gehabt habe, läßt mich hoffen, daß ich unversehrt und um die gewaltigste Erfahrung bereichert zurückkommen werde, und die persönlichen Widrigkeiten trägt man leichter im Bewußtsein, daß es jetzt vielen Millionen ebenso und schlechter ergeht und daß dieses Massenleiden ein Instrument des geschichtlichen Fortschrittes ist.

Politische Uebersicht.

Kartoffelwucher.

Die Tatsache, daß auf der einen Seite eine Beimischung von Kartoffelpräparaten zum Brot zwangsweise angeordnet, auf der anderen Seite aber von der Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln abgesehen wurde, mußte ganz naturgemäß — worauf wir auch sofort hinwiesen — zu einer un- erfreulichen und sogar gefährlichen Verteuerung jener Brotzusatzpräparate führen. Sie macht sich denn auch bereits in sehr empfindlicher Weise bemerkbar. Bis zum 21. Oktober betrug der Preis für 100 Altkor- n Kar- toffelstärke mehl 22—23 M. Hierauf stieg er am 29. M., dann etwa 10 Tage später auf 31 M., und heute wird uns mitgeteilt, daß er nunmehr die Höhe von 52 M. erreicht hat. Das ist also in dem kurzen Zeit- raum von kaum 14 Tagen eine Preissteigerung von 10 M. für 100 Altkorn, das heißt um etwa 30 Proz.! — Wie uns ferner mitgeteilt wird, ist auch der Preis für Kartoffelstärke mehl in der letzten Zeit von 26 M. auf 29—30 M. gestiegen. Zu

den hohen Höchstpreisen für das Brotgetreide also nun auch noch eine starke Verteuerung der Zusatzmittel! Es ist wirklich schwer zu begreifen, daß der Bundesrat das nicht voraus- gesehen und durch Festsetzung niedriger Höchst- preise für Kartoffeln verhütet hat, — zumal diese Kartoffelhöchstpreise ja auch aus hundert anderen Gründen noch dringende Notwendigkeit sind.

Das Bedürfnis nach einer Preisfestsetzung für Kartoffeln macht sich denn auch wieder in verschiedenen Beschlüssen geltend, die von kommunalen Körperschaften ge- faßt wurden. Aus Karlsruhe wird gemeldet, daß der dortige Stadtrat im Hinblick auf die anhaltende spekula- tive Steigerung der Kartoffelpreise das Ministerium des Innern ersucht hat, auf Grund des Reichsgesetzes vom 1. August 1914 für dieses wichtige und un- entbehrliche Volksnahrungsmittel die Festsetzung von Höchst- preisen für das Gebiet des Großherzogtums Baden herbeizuführen. Die Festsetzung von Höchstpreisen lediglich für das Gebiet der Stadt oder des Amtsbezirks Karlsruhe kann nach Ansicht des Stadtrats nicht in Betracht kommen, da hierdurch nur die Zufuhr vom Zwickelgebiet abgetrennt würde. Und der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. beschloß, bei der Regierung vorstellig zu werden, damit auch im Regierungsbezirk Wiesbaden Höchstpreise für Kartoffeln festgesetzt würden, zumal, nachdem sie in ganz Hessen durch- geführt wären.

Daß selbst bis tief in die Reihen der Landwirt- schaft das Fehlen von Höchstpreisen für Kartoffeln und der Wucher, der vielerorts heute mit den Breiten getrieben wird, als ungesund und bedauerlich empfunden wird, beweist eine Zuschrift an den Lokalanzeiger der „Köln. Volksztg.“, die von einem Bauern herrührt. Darin heißt es:

„Auf die vielen Klagen über die hohen Kartoffelpreise, für die man allgemein die Landwirte verantwortlich machen will, möchte ich als Landwirt einmal antworten. Jeder deutsch- denkende Bauer muß sagen, daß die Kartoffelpreise ent- schieden zu hoch sind und daß längst ein Höchstpreis hätte festgesetzt werden müssen; die Kartoffeln sind für den Landwirt nicht soviel wert, daß er dafür in der für unser liebes, opekrediges Vaterland so schweren Zeit zum Wucherer und Preistreiber gestempelt werden möchte.“

Die Situation wird immer weniger erträglich. Höchst- preise für Kartoffeln, und zwar niedrige Höchstpreise, müssen kommen. Der Bundesrat kann sich der Pflicht ihrer Festsetzung nicht mehr entziehen! Unter diesen Um- ständen kann man wohl dem Publikum empfehlen, mit seinen Einkäufen vorderhand noch zurückzuhalten. Aber um so dringender wird dadurch noch, daß die verantwortlichen Stellen dem Kartoffelwucher endlich ein Ende machen!

Die Bundesratsverordnung über den Zuckerhandel.

Im „Reichsanzeiger“ ist jetzt die bereits angekündigte Bundes- ratsverordnung veröffentlicht, die den Verkehr mit Zucker und die Zuckerbewertung regelt. Die wichtigsten Absätze lauten:

„Von dem im Betriebsjahre 1914/15 in den einzelnen Roh- zuckerfabriken und Raffineriezuckeranstalten hergestellten Zucker werden bis zum 1. Januar 1915 nur 25 Hundertteile des nach Absatz 2 festgesetzten Kontingents zum steuerpflichtigen In- landsverbrauch abgelassen. Die Höhe der bis zum 31. August 1915 weiter abzulassenden Mengen bestimmt der Bundesrat. Der übrige Zucker ist, sofern er nicht ausgeführt oder steuerfrei ab- gelassen wird, von der Steuerverwaltung unter Sperre zu halten. Am 1. September 1915 tritt die Absatzbeschränkung außer Kraft.“

Als Kontingent gilt die im Betriebsjahre 1913/14 von den einzelnen Fabriken hergestellte Rohzuckermenge. Die näheren Bestimmungen über die Festsetzung der Kontingente erläßt der Bundesrat; er bestimmt auch das Kontingent für diejenigen Fabriken, welche im Betriebsjahre 1913/14 keinen oder einen unregelmäßigen Betrieb gehabt haben. Verbrauchszucker wird bei der Festsetzung der Kontingente und der Abschreibungen darauf im Verhältnis von 9 zu 10 auf Rohzucker umgerechnet. Die Kontingente sind übertragbar.“

Die festgesetzten Preise wurden bereits in der Wolff-Meldung mitgeteilt; nachzutragen wäre nur noch, daß die Zuschläge von 15 Pf. auf je 50 Kilogramm Rohzucker nach dem 31. Dezember monatlich erfolgen.

Maßnahmen gegen die Spionage.

Wolffs Telegraphenbureau meldet aus Hannover: Im der im Bereiche des 10. Armeekorps starker hervortretenden Spionage wirksamer entgegenzutreten zu können, hat der stellvertretende kommandierende General des 10. Armeekorps über den Korpsbezirk den verstärkten Kriegszustand verhängt. Um einer Verunreinigung der Bevölkerung durch diese Maßnahme vorzubeugen, erläßt der stellvertretende kommandierende General in seiner Bekanntmachung ausdrücklich, daß das einwandfreie patriotische Verhalten der Bevölle- rung des ganzen Korpsbezirktes während der jetzigen Kriegszeit in keiner Weise Anlaß zu dieser Erklärung des verstärkten Kriegszustandes gegeben hat, ebenso wenig wie die allgemeine Kriegslage hierzu den Anlaß bietet.

Aus Stettin kommt die Nachricht, die der „Dfiezzeitung“ von zuverlässiger Seite mitgeteilt sein soll, daß die in der Stadt ansässigen Angehörigen des feindlichen Auslandes Weisung erhalten hätten, sich fortan täglich zweimal auf der Polizei zu melden. Die an der Kasse lebenden Ausländer müssen ihren Wohnort spätestens bis zum 3. November geräumt haben, andernfalls sie sich der Verhaftung aussetzen. Es sei ihnen gestattet, sich einen neuen Aufenthaltsort zu nehmen, der wenigstens 60 Kilo- meter von der Küste entfernt sein müsse.

Kein Gold an Ausländer.

Der stellvertretende kommandierende General des 9. Armeekorps, General der Artillerie v. Kochl, hat folgende Verordnung ergehen lassen: „Die Auszahlung von Goldgeld an Ausländer (s. B. ausländische Arbeiter und Angestellte) ist verboten. Zuwider- handlungen werden, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre be- straft (§ 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand). Geluche um Befreiung vom Verbot, die nur im Falle besonderer Notwendig- keit berücksichtigt werden können, sind an das stellvertretende General- kommando des 9. Armeekorps in Altona zu richten.“

Arbeitslose und Kriegsgefangene.

Die Frage, ob Arbeitslose oder Kriegsgefangene bei Notstands- arbeiten zu beschäftigen sind, soll nach einem Erlaß des Ministers v. Weizsäcker nicht der Arbeitsunternehmer, sondern stets eine staatliche Behörde entscheiden, und zwar bei staatlichen Bauten die vorgeordnete Baubehörde, bei anderen Bauten der Regierungs- präsident. Den Unternehmern soll, wie die Zeitung des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen mitteilt, vertraglich die vor- zugsweise Heranziehung von einheimischen Arbeitslosen auferlegt werden. Die Auswahl der für eine bestimmte Arbeitsgelegenheit geeigneten Arbeitslosen sowie der sehr wichtige und dringend er- wünschte Ausgleich zwischen den Arbeitsmärkten bei Verteilung der Arbeitslosen auf die verschiedenen Landesgegenden soll in

händiger Fällung mit der Reichszentrale der Arbeitsnachweise und den bestehenden Berufsorganisationen erfolgen. Die Unter- nehmer sind auch in dieser Hinsicht zu binden und zu beauf- sichtigen.

Die Pfadfinder dürfen nicht ins Feld.

Das Kriegsministerium teilt mit, daß Befehle an die Armeekorps ergangen sind, wonach die Verwendung von Pfadfindern und sonstigen nicht im Heeresdienst stehenden Jugendlichen bei den kämpfenden Truppen unzulässig ist. Insbesondere ist eine Begleitung von Truppen ins Operationsgebiet oder in Feindesland, Hilfeleistung bei Verpflegung, Munition, und Verwundetentransporten außerhalb des Heimatsgebietes, Heranschaffung von Lebensmitteln und Mu- nition an die in Schützengraben liegenden Truppen und Verrichtung von Kundschafterdiensten nicht zu gestatten. — Dieser Verfügung kann man nur zustimmen.

Deutschland und seine östlichen Grenzgebiete.

Der bekannte lettische Sprachforscher und Kenner der östlichen Landesverhältnisse, der Königsberger Universitätsprofessor Dr. Weggenberger, hielt kürzlich einen Vortrag, über dessen Inhalt die „Königsberger Hartungische Zeitung“ ausführlich berichtet. Danach führte Prof. Weggenberger u. a. aus: „Gemeinsam haben wir mit unseren östlichen und südlichen Nachbarn die Abneigung gegen Rußland, d. h. gegen das russische Regime. Wenn aber den Polen, den Litauern und auch den deutschen Völkern die Gewißheit der Beseitigung ihrer antirussischen Beschwernisse gegeben würde, so würden sie sich sofort zu Rußland bekehren. Selbst das baltische Deutschland mit seinem oft überdeutschen Empfinden und den grobhartigen Anstrichungen, die es seiner Kultur gebracht hat, liebt uns nicht. Es begreift uns mit Ueberhebung ob der Enge unserer Verhältnisse, mit Abneigung gegen unsere vermeintliche Pedanterie, gegen unseren militärischen Dünkel. Unsere straffe Zucht würde ihren Witzmut erregen; die Zahl der Verdrossenen in unseren Grenzen würde sich unendlich vermehren und es würde Jahrzehnte dauern, ehe sie freudige Mitglieder des deutschen Staates würden. — Liegt aber in dem, was unsern Grenzgebieten gemeinsam ist, nicht, was ihre Annexion empfehlen könnte, so tun dies noch weniger die Jüge, in denen sie aufeinandergehen. Gegenwärtig haben unsere parlamentarischen Parteien den guten Willen, ein friedliches Einvernehmen zu erhalten. Aber es entspricht nicht einer vernünftigen Staatsräson, durch unerbittliche und plötzliche Verstärkung einzelner Fraktionen das erprobte Verhältnis der parlamentarischen Kräfte zu stören. Man darf nicht vergessen, welche Bedeutung das Polentum, welche gemaltige Macht die katholische Kirche in ihnen hat, und daß die ganzen großen Land- striche politisch korrupt und vom Nihilismus durchsetzt sind. Wir würden dann ferner in Reichstage der Zukunft neben den Franzö- sinnen, Polen, Litauern, noch Letten, Esten, Weißrussen und Schweden zu Volksvertretern haben. Eine Annexion wäre also vom Uebel. Dagegen müssen diese Staaten in ein Verhältnis zu uns treten, welches die Macht Rußlands dauernd schwächt, und militärisch nicht und nicht zugleich unserem Erwerbseleben einen großen Aufschwung in Aussicht stellt. Wir würden in den Bahnen unseres größten Staatsmannes wandeln, wenn wir aus den Grenz- ländern Dschirchens Pufferstaaten machten.“

Ueber einzelne der Gründe Prof. Weggenbergers wird man vielleicht verschiedener Meinung sein können; immerhin verdienen die Ausführungen volle Aufmerksamkeit.

Landtagerversammlung in Dortmund.

Für den im Felde gefallenen Abgeordneten Hasenleber haben die Dortmunder Nationalliberalen für die bevorstehende Landtagerversammlung den Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Regierungsrat Dr. Schweighofer aus Berlin, aufgestellt.

Eine Kriegsanleihe der Stadt Leipzig.

Die Leipziger Stadtverordneten beschloßen die Aufnahme einer Anleihe von 20 Millionen Mark, um die Mittel zur Deckung der durch den Krieg hervorgerufenen besonderen Aus- gaben zu erhalten. Die Kriegsunterstützungen allein, die zum Teil allerdings nach dem Krieg vom Reich zurückzuerstatten sind, erfordern in Leipzig monatlich 1 Million Mark. Bei Annahme einer Kriegsdauer von einem Jahr berechnen sich die Leipziger Kriegsaufwendungen auf 17 1/2 Millionen. Dazu kommen 5 Mil- lionen für die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Die Anleihe soll mit 5 Proz. verzinst werden und bis 1920 getilgt werden.

Kommunale Kriegsmassnahmen.

Eine Arbeitslosenunterstützung wurde jetzt auch in Raffel eingeführt. Die Unterstützung beträgt 70 Pf. täglich für ledige, für verheiratete Arbeitslose 1 Mark. Sie kann für jedes von dem Arbeitslosen verlorne Kind unter 15 Jahren um 15 Pf. bis zu dem Betrage von 1,60 M. heraufgehoben werden. Andere Unter- stützungen werden soweit angerechnet, daß ein Unverheirateter täglich nicht mehr als 1,80 M., ein Verheirateter ohne Kinder nicht mehr als 2,20 M., ein Verheirateter mit Kindern je nach ihrer Zahl ent- sprechend mehr (bis insgesamt 2,80 M.) erhält. Ist jedoch in dem Gesamteinkommen des Arbeitslosen eine Unterstützung durch einen Berufsverein enthalten, so soll über die oben genannten Höchst- sätze hinaus noch die Hälfte des Betrages zur Auszahlung kommen, und welche bei voller Auszahlung der städtischen Unter- stützung diese Höchstsätze überschreiten würden, jedoch in keinem Falle mehr als 3,30 M.

In Elbing lehnten die Stadtverordneten einen sozial- demokratischen Antrag ab, der die Einführung eines 75 Proz. Zuschlags zur Reichsfamilienunterstützung verlangte; auch ein christlicher Arbeitersekretär war dagegen. Zur- zeit ist die Stadt zu keinerlei Zuschlag verpflichtet. Allerdings wurden bei Ausbruch des Krieges 100 000 M. für Unterstützungs- zwecke zur Verfügung gestellt, aber Unterstützungen aus diesem Fonds werden nur in ungenügender Zahl, in geringer Höhe und unter der Bedingung der Ritzzahlung gewährt, so daß in der Arbeiterschaft darüber viele Beschwerden laut werden.

Letzte Nachrichten.

Eine amtliche Bestätigung.

Berlin, 2. November. (W. T. V.) Amtlich. Die nicht- amtliche Meldung über die am 31. Oktober erfolgte Ver- nichtung des englischen Kreuzers „Hermes“ durch ein deutsches Uferseeboot wird hierdurch amtlich bestätigt. Das Uferseeboot ist wohl erhalten zurückgekehrt.

Der stellvertretende Chef des Admiralstabes, Behnde.

Die Rückkehr der französischen Regierung nach Paris.

Railand, 2. November. (W. T. V.) Nach einem Pariser Telegramm des „Corriere della Sera“ hat die franzö- sische Regierung den Zeitpunkt ihrer Rückkehr nach Paris auf den 20. November festgesetzt. Die Kammer wird ungefähr am 15. Dezember zu einer kurzen Reihe von Sitzungen zusammentreten. Einen Monat vorher wird sich die Bilanzkommission zur Beratung von Finanzprojekten vereinigen.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 66 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen: 3. u. 4. Garde-Reg.; Garde-Gren.-Reg. Elisabeth; Gren.-Regiment Nr. 1, 3; Inf.-Regiment Nr. 5, 6; Gren.-Reg. Nr. 7; Inf.-Reg. Nr. 7; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 7; Gren.-Reg. Nr. 10; Inf.-Reg. Nr. 10; Gren.-Reg. Nr. 12; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 12, 13; Brig.-Ers.-Bataillon Nr. 13, 14; Inf.-Reg. Nr. 16; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 16; Inf.-Reg. Nr. 17; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 20; Inf.-Regiment Nr. 21, 23; Inf.-Reg. Nr. 23; Inf.-Reg. Nr. 25; Inf.-Reg. Nr. 26; Inf.-Reg. Nr. 27; Inf.-Reg. Nr. 27; Inf.-Reg. Nr. 28; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 28; Inf.-Regiment Nr. 29, 30, 31; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 31; Inf.-Reg. Nr. 32; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 32; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 32; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 34; Inf.-Regiment Nr. 35, 36, 37; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 37; Inf.-Reg. Nr. 38; Inf.-Reg. Nr. 38; Brig.-Ers.-Bataillon Nr. 39, 41; Inf.-Regiment Nr. 42, 43, 45, 46; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 46, 47, 49; Brig.-Ers.-Bataillon Nr. 49, 50; Inf.-Reg. Nr. 51; Inf.-Reg. Nr. 53; Inf.-Reg. Nr. 54; Inf.-Reg. Nr. 62; Inf.-Reg. Nr. 66; Inf.-Reg. Nr. 67; Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 68, 71; Landweh-Infanterie-Regiment Nr. 71; Infanterie-Regiment Nr. 72; Inf.-Regiment Nr. 73, 74; Inf.-Reg. Nr. 75; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 75, 80; Inf.-Reg. Nr. 82; Inf.-Reg. Nr. 82; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 83; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 83; Inf.-Regiment Nr. 84, 85, 87; Gren.-Reg. Nr. 89; Inf.-Reg. Nr. 90; Inf.-Reg. Nr. 93; Inf.-Reg. Nr. 94; Inf.-Regiment Nr. 95, 97, 98; Inf.-Reg. Nr. 98; Gren.-Reg. Nr. 100; Inf.-Regiment Nr. 113, 114; Leibgarde-Inf.-Reg. Nr. 115; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 115; Inf.-Regiment Nr. 118, 130, 150, 155, 158, 161, 165, 168, 170, 175; Inf.-Reg. Nr. 175; Landst.-Bat. Nr. 87; Inf.-Jäger-Bat. Nr. 4.

1. Garde-Dr.-Reg.; Schweres Inf.-Reiter-Reg. Nr. 2; Dr.-Reg. Nr. 6; Inf.-Dr.-Reg. Nr. 8; Manen-Reg. Nr. 3; Jäger-Reg. zu Pferde Nr. 10; 2. Landsturm-Eskadron des 2. Armeekorps. Feldart.-Reg. Nr. 2; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 3; Feldart.-Reg. Nr. 7; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 7; Feldart.-Regiment Nr. 9, 19; Inf.-Feldart.-Regiment Nr. 19, 20; Feldart.-Regiment Nr. 23, 28, 30, 41, 45, 56, 59, 63, 67, 70. Inf.-Feldart.-Regiment Nr. 5, 13; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 15. Pion.-Bataillon Nr. 15, 21, 24; Pion.-Reg. Nr. 25; Pion.-Ers.-Bat. Nr. 25. Festungs-Baufomp. Nr. 53, Graudenz. San.-Komp. Nr. 1 des 18. Armeekorps. Jübrpar.-Kolonne Nr. 7 des 18. Armeekorps.

Kriegsfürsorge.

Die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer in den Gemeinden. Kriegsinvaliden-, Witwen- und Waisentrenten. Ansprüche an die Krankenkassen.

Unter diesem Titel hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Verlage von Alexander Schilde u. Co. in Stuttgart ein kleines Büchlein herausgegeben, welches in übersichtlicher Weise die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer durch die Gemeinden, ferner die Ansprüche der Hinterbliebenen auf Kriegswitwengeld, Kriegswaisengeld, Kriegselterngeld sowie die Ansprüche von erwerbsunfähigen Kriegsteilnehmern behandelt, die diese aus Dienstbeschädigungen und Erwerbsunfähigkeit zu beanspruchen haben. Auch die schmalen Rechte aus der Invalidenversicherung und Krankenversicherung sind erwähnt.

Ueber die Höhe der Unterstützungen der Familien der Kriegsteilnehmer in den verschiedenen Gemeinden ist auf Grund von Anfragen auf 23 Seiten eine Zusammenstellung erfolgt. Sie zeigt, wie außerordentlich verschiedenartig — zu übermäßigem Teil nicht zum Vorteil der Familien und weit von der Verpflichtung entfernt, für die Familien der Kriegsteilnehmer ausreichend zu sorgen — das Gesetz gehandhabt wird. Die Bemerkungen der Broschüre über die Frage der Bedürftigkeit und die Höhe der Unterstützungen im Sinne des Gesetzes stehen in Uebereinstimmung mit unseren Ausführungen vom 13. September über dasselbe Thema. Interessant ist die Ausführung eines Erlasses des Ministers des Innern in Württemberg an die Oberämter über den Begriff der Bedürftigkeit. Dort heißt es unter anderem:

Es ist nicht möglich, für das ganze Land einen einheitlichen äußeren Maßstab der Bedürftigkeit festzusetzen, vielmehr kommt es stets auf die Gesamtumstände des einzelnen Falles an. Immer ist aber die Bedürftigkeit wohlwollend und ohne Kleinlichkeit zu prüfen, und sie darf, nicht etwa schon wegen des Vorhandenseins eines mäßigen Sparfahrigkeitshabens oder eines kleinen Vermögens verneint werden. ... Den Personen, die die Unterstützung nachsuchen, ist mit der Rücksicht zu begegnen, auf welche sie als Angehörige der im Felde stehenden Krieger Ansprüche haben.

Wird nach diesen Worten gehandelt oder nach der von uns schon früher erwähnten Ausführungsverordnung des badischen Ministeriums, so würden viele durchaus berechtigten Klagen von Familien von Kriegsteilnehmern verschwinden. Das badische Ministerium meinte, die beteiligten Behörden werden „den richtigen Weg bei der Gewährung und Bemessung der Unterstützungen finden, wenn sie sich gegenwärtig halten, daß allen bedürftigen Familien ein Recht auf die Unterstützung für die Dienste zusteht, welche ihr Ernährer dem Vaterland leistet, und daß die im Felde stehenden Mannschaften mit dem Trost und der Gewißheit zu den Familien geeilt sind, daß für ihre Angehörigen dabei in ausreichender Weise gesorgt wird“. Wenn die Lieferungsverbände nach diesen Grundsätzen überall handeln, so würden sie den Zweck erfüllen, zu dem sie eingesetzt sind. Leider erleben wir, daß es noch eine große Reihe von Kreisen gibt, die noch nicht einmal Zuschüsse zu den Mindestleistungen, die das Reich erstattet, durchweg gewähren, und daß bei sehr vielen Lieferungsverbänden der Zuschuß noch nicht 100 Proz. der sogenannten Reichsunterstützung beträgt. Einige Verbände allerdings gewähren 150 bis 200 Proz., andere haben die prozentuale Bemessung verworfen. So zahlt Hamburg für alleinlebende Frauen 35 M., für eine Frau mit einem Kind 50 M.,

für die Kinder, die sich nicht in der Pflege eines unterfinden, 15 M., für eine Frau mit zwei Kindern 62 M. usw., daneben ist Mietsunterstützung oder Unterstützung in besonderen Fällen zulässig.

Wenn das Gesetz seinem Sinn nach richtig ausgelegt wird, so dürften die Beträge nirgends geringere als in Hamburg sein. Denn das Gesetz will, daß der Lebensunterhalt der Familie sichergestellt, also zum mindesten das für die Ernährung, Bekleidung, Beschulung und Behandlung Erforderliche gezahlt wird.

Reichen die Mittel der Lieferungsverbände nicht aus, so sollte der Staat und das Reich eingreifen. Auch aus der dem preussischen Landtag gemachten Vorlage war zu ersehen, daß es in Preußen Lieferungsverbände gibt, die noch nicht einmal die vom Reich als Mindestbeträge bezeichneten Beträge zu verauslagern in der Lage sind. Die Landesregierungen sind nach dem Reichsgesetz befugt, durch Steuern des Erforderliche aufzubringen. Eine Einkommensteuer von etwa 2 Proz. auf die Einkommen über 6000 M. wäre durchaus berechtigt. Hat doch das Reich durch das Krankenkassennotgesetz den übermeisten Mitgliedern der Krankenkassen eine weit höhere Steuer auferlegt. Dringend notwendig erscheint, daß in der kommenden Session des Reichstags Abhilfe gegenüber den berechtigten Beschwerden über unzureichende Unterstützung von Familien der Kriegsteilnehmer geschaffen wird.

Aus der Partei.

Die französische Partei und die Internationale.

Die „Humanité“ vom 25. Oktober veröffentlicht folgenden Beschluß der ständigen Verwaltungskommission der französischen sozialistischen Partei:

Auf einen Vorschlag der von den Vertretern der holländischen Sektion im internationalen sozialistischen Bureau und von Mitgliedern der schweizerischen und der italienischen Sektionen, den Sitz des internationalen sozialistischen Bureaus zu verlegen, sei es nach Holland, sei es nach der Schweiz, hat die ständige Verwaltungskommission der französischen sozialistischen Partei geantwortet, daß sie entschieden dagegen wäre, der belgischen Sektion das Bureau abzunehmen. Das internationale Bureau soll ihrer Ansicht nach während des Verlaufes des Krieges in den Händen derjenigen bleiben, denen es vor dem Kriege anvertraut war, da die belgische Sektion es keineswegs weniger verdient infolge des Angriffes, deren Gegenstand ihr Land war. Die ständige Verwaltungskommission hat außerdem beschlossen, daß sie gegen jede Einberufung einer Konferenz oder eines internationalen sozialistischen Kongresses im gegenwärtigen Augenblicke sei. Mitteilung in diesem Sinne ist der holländischen und schweizerischen Sektion und der sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten von Amerika gemacht worden.

Wir bedauern den Widerspruch unserer französischen Genossen gegen die Verlegung des Bureaus, für die die stärksten sachlichen Argumente sprechen. Denn in einem okkupierten Lande, wie Belgien, ist ja das Funktionieren des Bureaus ausgeschlossen. Soll es seinen Zweck erfüllen können, so muß es in einem neutralen Lande seinen Sitz haben, dessen Sozialdemokratie auch seine Funktionen übernehmen muß.

Von der „Chemnitzer Volkstimme“. Wir lesen unter dieser Ueberschrift in der „Deiner Bürgerzeit“:

Das Pressebureau in Berlin sendet uns eine Aufstellung über den Abonnentenzuwachs der „Chemnitzer Volkstimme“ während des Krieges. Daraus entnehmen wir: In allen sieben Wahlkreisen ihres Verbreitungsbezirks ist die Zahl der Abonnenten gestiegen. Die Gesamtaufage beträgt nach dem Stande vom 12. Oktober d. J. 64 500. Das ist der höchste Abonnentenzustand, den unser Chemnitzer Parteiorgan bisher erreicht hat. Besonders bemerkenswert ist, daß die drei ergebnisreichen Wahlkreise eine so lebhaftige Steigerung der Abonnentenzahlen zu verzeichnen haben, trotzdem die Wirtschaftslage gerade im Erzgebirge seit Kriegsbeginn eine sehr schlechte ist.

Zu solchen Mitteilungen sagt man gewöhnlich: Zur Nachahmung empfohlen, meint die „Elberfelder Presse“ und fährt fort: In diesem Falle sehen wir davon ab. Nicht, weil wir nicht auch wünschen, daß die Genossen und Genossinnen unseres Gebietes ihre ganze Kraft an die Förderung ihres Parteiorgans setzen. Da meinen wir, daß noch viel mehr getan werden könnte und müßte. Aber wir sind der Auffassung, daß die Fortschritte der Parteipresse nicht erzielt werden dürfen auf Grund einer Haltung, die denn doch jeden Sozialdemokraten zum Widerspruch herausfordert. Es ist natürlich gegenwärtig sehr schwierig, hierüber Ausreichendes zu sagen. In jedem Falle glauben wir unsere Meinung durch einige Sätze aus dem Chemnitzer Parteiorgan hinreichend belegen zu können, die dieses am 21. Oktober in einem Artikel unter dem Titel „Die Aufgaben der Parteipresse im Kriege“ schrieb:

„Bei dieser Praxis „des Burgfriedens“ werden Schwierigkeiten mit der Militärzensur in der Regel nicht auftreten. In Chemnitz besteht sie glücklicherweise nicht und ist nicht nötig. Wir schreiben jetzt so frei wie in der Friedenszeit, nur unserem Gewissen und der Partei verantwortlich. Die Verfassungen, denen uns in Friedenszeiten die Herren Richter vom Kaiserpaß aussehten, haben unter dem Burgfrieden aufgehört. Jedenfalls ist die Militärzensur in Deutschland im ganzen genommen ansäuslicher und vernünftiger, als in Frankreich oder England. Das Gesetz über die Zensur, hinter dem sich vielfach der Mangel an fester Stellungnahme zum Kriegspolproblem verbirgt, hilft nur Deutschlands Feinden die Lüge verbreiten, als sei Deutschland ein zweites Rußland. Wer ernsthaft glaubt, unter der jetzigen Militärzensur nicht nach seiner Meinung schreiben zu können, der lege die Feder aus der Hand und schweige.“

Nicht wahr, das ist allerhand, ist aber noch nicht das schlimmste aus dem angezogenen Artikel. Die Militärzensur mag im militärischen Interesse liegen, wogegen allerdings gerade die sozialdemokratische Presse mit geringen Ausnahmen am wenigsten gesündigt hat, aber wohl fühlen können sich unter ihr nur Leute ohne jede eigene Meinung. Und da die „Chemnitzer Volkstimme“ soviel gutes von der Zensur zu sagen vermag, so scheint uns zu ihrem Abonnentenzuwachs dies und jenes aufzudecken.

Wir können uns diesen Anstellungen unseres Elberfelder Parteiorgans nur anschließen. Zu ergänzen wären sie höchstens nur noch durch den Hinweis, daß die „Chemnitzer Volkstimme“ dem von der bürgerlichen Presse neuerdings stark attackierten Genossen Karl Liebknecht gegenüber eine gar nicht zu bänigende Angriffsliste entwickelt. Sie kann das in dem herübergehenden Bewußtsein, deswogen mit der Zensur sicher nicht in Konflikt zu kommen.“

Der Krieg und die bremische Arbeiterbewegung.

In der Stadt und dem Landgebiet Bremen sind bis jetzt zu den Fabrikgeräten 3544 Genossen, von denen 2398 verheiratet sind, und 4740 Kinder unter 15 Jahren haben. An Funktionären sind 104 einberufen, und zwar 10 Distriktsführer, 32 Bezirksführer und 54 Bezirksassistenten. Auch acht Gemeindevorsteher aus den Landdistrikten stehen im Felde. Die Zahl der männlichen Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins in Bremen ist von Anfang

August bis Anfang November von 12808 auf 8056 herabgesunken. Bringt man die Zahl der zum Heeresdienst Eingezogenen in Anrechnung, so hat sich die Zahl der männlichen Mitglieder weiter rund um 1000 verringert; in der Hauptsache deshalb, weil viele Hunderte von Arbeitslosen von Bremen abreisten, um anderswo Arbeit zu suchen. Auch die Zahl der weiblichen Mitglieder hat um 281 abgenommen.

Die Zahl der zum Militärdienst eingezogenen Mitglieder der freien Gewerkschaften in der Stadt Bremen betrug Ende August 8832, Ende September 9584. Der Mitgliederbestand war Ende August 25 783, Ende September 24 070. Arbeitslose waren Ende August 3778, Ende September 2106 zu verzeichnen. Seit Kriegsbeginn bis Mitte Oktober haben die freien Gewerkschaften Bremens die erhebliche Summe von 100 000 M. an Arbeitslosenunterstützung ausgegeben. Von einer Arbeitslosenunterstützung durch die Stadt Bremen oder den Staat wollen die ausschlaggebenden Instanzen, Senat und Bürgerschaft, nach wie vor nichts wissen.

Bewerkschaftliches.

Der Metallarbeiterverband im Jahre 1913.

Durch die Kriegereignisse stark verspätet, ist jenen der Jahresbericht unserer größten deutschen Gewerkschaft für 1913 erschienen. Dem Bericht vorausgeschickt ist eine recht interessante Zusammenstellung über die in der Eisen- und Metallindustrie bestehenden Kartelle und Syndikate. Die Metallindustrie ist ja derjenige Gewerbebezirk, in dem in Deutschland die Kartellierung am weitesten fortgeschritten ist, wenn diese auch noch nirgends die höchste Stufe, die des Trusts, erreicht hat. Die übrigens auf Vollständigkeit keinen Anspruch machende Zusammenstellung ergab für den Jahresabschluss 1913 120 Kartelle und Syndikate, unter denen sich 12 internationale Konventionen befanden. Ferner wurden 45 Händlervereinigungen, die, ähnlich wie die Kartelle, mit denen sie auch teilweise in enger Fühlung stehen, Preisregulierungen vornehmen, festgestellt. Die tatsächliche Anzahl dieser Vereinigungen ist freilich bedeutend größer. Von den Kartellen bestehen 28 in der Urproduktion von Eisen, 28 in der Kleinmetallindustrie, 8 im Waggonbau, 10 in der Eisenhochbau, 35 in der Urproduktion und Bearbeitung anderer Metalle. Die beiden größten Organisationen sind der 1897 entstandene Roheisenverband in Essen, dem mit Ausnahme der Dillinger, der Halberger Hütte und von Stumm die gesamte deutsche Roheisenerzeugung angeschlossen ist, sowie der gleichfalls 1897 gegründete deutsche Stahlwerkverband, der 28 Werke mit einer Gesamtbelegungsziffer von 6 450 313 Tonnen umfaßt.

Was die Entwicklung des Metallarbeiterverbandes selbst anbelangt, so war das verflossene Jahr das zweite seit Bestehen des Verbandes (1908 war das erste), das keinen Mitgliederzuwachs, sondern einen Rückgang aufwies. Es traten 154 056 Mitglieder dem Verbands bei (gegen 215 463 im Vorjahre), während 170 689 (169 061) ausstiegen, wodurch der Mitgliederbestand von 561 547 auf 544 934 zurückging. Der Bericht erklärt diesen Rückgang einmal mit der um die Mitte des Berichtsjahres einsetzenden Geschäftslage, andererseits mit dem unglücklichen Ausgang zweier Streiks bei der Firma Bosch in Stuttgart und auf den Werften. Die Verwaltungsstelle Stuttgart hat bei dem leider nicht von ihr zu verhindernden Streik 2600 Mitglieder, die Verwaltungsstelle in Hamburg infolge des Bergarbeiterstreiks 3000 Mitglieder verloren. Leider besteht ja unter den schlimmsten Ausnahmeständen des laufenden Jahres keine Aussicht, daß diese Scharte ausgeglichen wird. Von den Mitgliedern waren 27 373 weibliche und 15 073 jugendliche.

Die ungünstige Konjunktur lagte auch auf der Kampfbahn der Organisation, obwohl das Unternehmertum es vielfach darauf anlegte, die Arbeiter in Streiks hineinzutreiben, um bei dieser Gelegenheit einen vernichtenden Schlag gegen die Organisation zu führen. Es fanden im Berichtsjahre in 401 Orten 1246 Bewegungen (1787 in 1912) mit 208 986 (307 667) Beteiligten statt, die 7112 (5878) Betriebe erfassten. Der weitaus größte Teil der Bewegungen, nämlich 868 mit 138 829 Beteiligten konnte ohne Arbeitseinstellung durchgeführt werden. Angriffstreiks fanden 155 mit 49 345 Beteiligten statt, Abwehrstreiks 186 mit 11 559 Beteiligten, während 37 Ausperrungen 28 108 Personen trafen. Zusammen hat die Zahl der friedlichen Bewegungen sowie die der davon Beteiligten gegen das Vorjahr eine prozentuale Abnahme erfahren. Die Bewegungen mit Arbeitseinstellung verursachten einen Verlust an Arbeitszeit von 1 1/2 Millionen Tagen, die einen Arbeitsverdienst von 8,3 Millionen Mark darstellten. Es wurde dafür eine Arbeitszeitverkürzung für 1006 Beteiligte von insgesamt 5,3 Millionen Stunden pro Jahr oder im Durchschnitt eine Stunde für den Beteiligten sowie für 52 383 Beteiligte eine Lohn-erhöhung von 4,8 Millionen Mark pro Jahr oder 1,67 M. im Durchschnitt pro Woche erzielt. Die gedachten Opfer haben sich also bereits im ersten Jahre gelohnt.

Ein weiterer Erfolg der Bewegungen war der Abschluß einer Reihe neuer Tarifverträge. Es wurden 195 Verträge für 741 Betriebe und 19 835 Personen abgeschlossen. Damit erhöhte sich der Bestand der abgeschlossenen Verträge für Ende 1913 auf 1145, von denen 15 471 Betriebe und 181 523 Personen betroffen wurden. Trotz der ungünstigen Verhältnisse hat also das große Tarifwerk weitere Fortschritte gemacht.

Begünstigt der Verbandsverwaltung erfahren wir, daß sich die Zahl der Geschäftsstellen um 9 auf 144 vermehrt hat. Insgesamt waren für den Verband am Jahresabschluss 647 Beamte gegen 619 zu Beginn des Jahres beschäftigt, die ein Gehalt von 2 261 504 M. bezogen. Im übrigen weist die Abrechnung des Verbandes eine Einnahme von 22,2 Millionen Mark und eine Ausgabe von 20,3 Millionen Mark nach. Unter den Ausgaben nehmen die für Unterstützungen mit 9,5 Millionen, wozu noch 4,9 Millionen für Streikunterstützung kommen, die erste Stelle ein. 645 088 M. wurden für Rechtschutz und Bildungszwecke, 520 243 M. für Agitation, 2 786 424 M. für Verwaltung ausgegeben. Das Budget des Metallarbeiterverbandes gleicht dem eines sehr großen Unternehmens. Der Vermögensbestand wuchs von 16 504 020 M. Ende 1912 auf 18 550 741 M. Ende 1913. Von diesem Vermögen entfielen 13,1 Millionen Mark auf die Hauptkasse und 5,4 Millionen Mark auf die Lokalkassen. Können wir, daß dieser solide Fonds dem Verband über die außerordentlichen Ansprüche, die die jetzigen Verhältnisse an ihn stellen, hinüberhelfen wird, ebenso wie gerade in diesen Zeiten die Treue der Mitglieder ihre Probe zu bestehen haben wird.

Berlin und Umgegend.

Die gegenwärtige Lage der Dreher wurde am Sonntag in einer hart besuchten Branchenversammlung folgendermaßen dargestellt: Seit der letzten, am 30. August abgehaltenen Versammlung haben sich die Verhältnisse völlig ge-

ändert. Damals wurde in den für Heeresbedarf arbeitenden Werksbetriebsbetrieben und Sonntagsarbeit geleistet, obwohl noch 888 arbeitslose Dreher vorhanden waren, was eine sehr große Arbeitslosigkeit bedeutete. Mit Rücksicht darauf wurde damals verlangt, daß Heeresbedarf und Sonntagsarbeit zu vermeiden sei, so lange noch neue Arbeitskräfte eingestellt werden können. Seitdem ist die Zahl der arbeitslosen Dreher auf 185 zurückgegangen. Unter diesen dürften nur wenige sein, die für die gegenwärtig verlangte Dreherarbeit in Frage kommen. Auch in der Metallindustrie überhaupt hat sich die Arbeitslosigkeit stark vermindert. In allen Zweigen, die für den Heeresbedarf arbeiten, herrscht eine gute Konjunktur, die auch für die Dauer des Krieges anhalten wird.

Gegenwärtig liegen die Arbeitsverhältnisse bei den Dreherinnen so, daß in vielen Betrieben eine erheblich längere Arbeitszeit beträgt als vor dem Krieg. Die damals erhobene Forderung, keine Heeres- und Sonntagsarbeit zu leisten, hat wenig Erfolg gehabt. Vor acht Wochen waren es 17 Betriebe, wo Heeres- und Sonntagsarbeit gemacht wurden, jetzt sind es 36 Betriebe, wo in weiblichen Schichten, zum Teil auch noch Sonntags gearbeitet wird. Täglich drei achtstündige Schichten einzuführen, weigern sich viele Betriebe, angeblich aus betriebstechnischen Gründen. Die Arbeiter sind dagegen der Ansicht, daß sich die betriebstechnischen Bedenken bei gutem Willen wohl überwinden ließen. — Da die gelerntten Dreher zurzeit nicht ausreichen, so werden Arbeiter aus allen möglichen Berufen an der Drehanlei angelernt. Dagegen haben die Dreher nichts einzuwenden, sie werden dadurch keineswegs geschädigt; aber es erregt Bedenken, daß die angeleiteten Arbeiter oft recht niedrig entlohnt werden. — Die lange Arbeitszeit, die sehr allgemein bei den Dreherinnen herrscht, ist ein großer Mangel. In angestrengtester Tätigkeit Tag für Tag 12 Stunden und auch noch Sonntags zu arbeiten, das ist eine Leistung, die selbst der kräftigste Arbeiter für längere Zeit nicht aushalten kann. Starke Erhöhung der Reamenziffer, dauernde Schädigung der Arbeitsfähigkeit ist die unausbleibliche Folge der langen Arbeitszeit. Da der Krieg unter Umständen noch lange dauern kann, so haben die Unternehmer Ursache, die Arbeitszeit zu beschränken, um die ihnen zur Verfügung stehende Arbeiterzahl, die ja nicht beliebig ersetzt werden kann, dauernd auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Die Löhne sind unter dem Einfluß der guten Konjunktur beträchtlich gestiegen. In Betrieben, wo seit Jahren schlechte Löhne gezahlt wurden und keine Verbesserung zu erreichen war, haben die Arbeiter jetzt im Wege der Verhandlung Lohnerhöhungen erzielt. So erfreulich diese Erfolge sind, so unangenehm wird die

lange Arbeitszeit empfunden. Es wurde entschieden verurteilt, daß die Dreher als Erwerbschaft in großer Zeit eine erhebliche Arbeitszeitverlängerung in Kauf nehmen sollen. Unter anderem wurde noch angeführt, daß die Firma Doffe u. Wrede bei Ausbruch des Krieges 5000 M. zur Unterhaltung der Familien ihrer im Felde lebenden Arbeiter gestiftet hat und daß für denselben Zweck jedem Arbeiter wöchentlich 50 Pf. vom Lohn abgezogen werden. Hierdurch konnten etwa 350 M. wöchentlich ein, während die Firma nur etwa 250 M. Familienunterstützung ausgeben braucht. Das Stiftungskapital braucht also nicht angegriffen werden und die Sammlung ergibt Heberschüsse. Was mit diesen geschieht, ist unbekannt.

Die Schmiede nahmen am Sonntag den Jahresbericht der Branchenkommission entgegen. Als die jetzige Kommission gewählt wurde, waren die Verhältnisse für die Schmiede sehr schlecht. Besonders zu klagen war über Jannungsbetriebe. Die Autoagenschweißer haben einen Vertrag abgeschlossen und einen Lohnsatz von 75 bzw. 85 Pf. pro Stunde erreicht, der auch zurzeit überall anerkannt wird. Ueberhaupt ist die Gesamtlage für die Schmiede aus den Jannungsbetrieben. Im ganzen genommen ist es aber für die Branche eine gute Zeit, wie sie seit Jahrzehnten nicht zu verzeichnen war, so daß zurzeit auf dem Nachweis nur circa 20 arbeitslose Schmiede vorhanden sind. Der Kampf gegen den vielgenannten Arbeitsnachweis in der Muladstraße ist mit gutem Erfolg durchgeführt worden. Die bisherige Branchenkommission wurde wiedergebildet.

Die Lage im Tapezierergewerbe.

In den Gewerben, welche am empfindlichsten unter der Kriegsnot zu leiden haben, gehört unstrittig das Tapezierer- und Dekorationsgewerbe. Behörden stellen die sonst notwendigen Aufträge an Tapezierarbeiten, Polsterarbeiten, Dekorations- und Möbel zurecht, wodurch Arbeiter und Arbeitnehmer gleichzeitig zu leiden haben. Um das Gesamtgewerbe möglichst lebensfähig zu halten und die Arbeitslosigkeit zu mindern, hat die Tapeziererinnung Berlin auf Veranlassung des Jannungsverbandes deutscher Tapezierer und verwandter Gewerbetreibender und der Arbeitgeberverbände der Dekorations- und Tapezierbetriebe

für Berlin und Umgegend im Verein mit dem Verband der Tapezierergewerbetreibenden und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (Zentrale Berlin) eine gemeinsame Kundgebung vereinbart. Es heißt in derselben:

„Die Kollage im Tapeziererhandwerk kann wesentlich gelindert werden, wenn die Stadtverwaltungen in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber alle aus Anlaß des Krieges unterbrochenen Bauten die noch nicht begonnenen Arbeiten und Renovierungen, zu denen innerhalb des Haushaltes Mittel vorhanden sind, unverzüglich in Angriff nimmt, und bei der Vergebung dieser Arbeiten und freihändigen Aufträge an das Tapezierer- und Dekorationsgewerbe möglichst viel Handwerksmeister berücksichtigen werden.“

Auch die Staatsbehörden dürfen es nicht daran fehlen lassen, der Erwerbslosigkeit entgegenzutreten, besonders gilt dies für die Militärverwaltungen. Hier ist das dringende Ersuchen zu stellen, die Matrizenarbeiten und sonstigen Aufträge den Berufsbildungen und Genossenschaften oder selbständigen Berufsangehörigen zu übertragen.


Auch das private Publikum sollte ebenfalls im nationalen Interesse veranlaßt werden, dem Tapezierergewerbe Aufträge zuzumachen, damit die Betriebe aufrechterhalten bleiben und weitere Arbeiterentlassungen vermieden werden.“

Deutsches Reich.

Burgfriede zwischen Polizei und Gewerkschaften.

Vor einiger Zeit konnten wir mitteilen, daß auf Veranlassung des Regierungspräsidenten in Liegnitz ein Strafmandat bezug. eine Verfügung der Polizeiverwaltung Koyenau gegen den Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Liegnitz zurückgenommen worden ist. Es handelte sich um den befannten Versuch, Gewerkschaften für politische Vereine zu erklären. Da außer dieser Verfügung auch noch eine solche gegen den Verbandsamtlager d. selben Organisation in Koyenau erlassen worden war, so hatten wir die Erwartung ausgesprochen, daß auch diese Verfügung ebenfalls zurückgezogen werden müßte. Wie uns jetzt mitgeteilt wird, ist das auch geschehen. Die betreffende Verfügung gegen den Verbandsamtlager des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Koyenau ist mit derselben Begründung wie die gegen den Liegnitzer Bevollmächtigten zurückgezogen worden.

Sozialdemokratischer Wahlverein Niederharnim.
Bezirk Niederharnim.
Am Sonnabend verstarb unser Genosse, der Schlichter
Albrecht König
Eichenstraße 21.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Neuen Niederharnim Hofes, Hermannstraße (Schönholz) aus statt.
Hohe Beteiligung erwartet.
242/3 Die Bezirksleitung.


Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!
Bei den Kämpfern im Westen der Kaufmann
Robert Lewkowitz
St. Frankfurter Str. 49 (Bezirk 907).
Sozialdemokr. Wahlverein i. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.
Bei den Kämpfern im Westen der Arbeiter
Richard Krienke.
Sozialdemokratischer Wahlverein Biesdorf. 242/3

Den Heldentod fand im Westen am 10. September unser lieber Bruder, Schwager, Onkel und Neffen
Johann Klein
Unteroffizier der Reserve im Alter von 22 Jahren.
Um sein junges, hoffnungsvolles Leben trauern
Familie Bahmann nebst Geschwister.
Germine Bruhke als Braut.
Lippiner Straße 24. 148/4

Allgemeine Orts-Krankenkasse
für
Zehlendorf u. Umg.
Die Mitglieder des Ausschusses werden zu einer
Ordentlichen Sitzung
am Donnerstag, den 12. November 1914, abends 6 Uhr, in der Aula der Gemeindegemeinschaft, hierüber, Volkshaus Str. 7, hierdurch ergebenst eingeladen. 278/3
Ingeborgsitzung:

Ochsena-Extrakt
würmt und kräftigt alle Suppen, Saucen und Gemüse in gleicher Weise, wie der englische Liebig-Fleischextrakt. 1 Pfd. „Ochsena“ hat den Gebrauchswert von zehn Pfund Rindfleisch. In den meisten Detailgeschäften per Pfd. 1,20 M., 1/2 Pfund 65 Pf. käuflich.
Mohr & Co., G.m.b.H., Altona-E.
kauft Robert Ball, Münzenhandlung, Wilhelmstr. 40/47.

Kranken-, Sterbe- u. Zuschußkasse für männl. Personen aller Berufe Groß-Berlin.
Am Freitag, den 30. Oktober, verstarb unser Mitglied
Albert Wagener,
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Sophienfriedhofes, Bergstraße, aus statt. 240/6

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin.
Am 30. Oktober fand unser Mitglied, der Maurer
Alois Rund
(Bezirk Neudörfen).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Neudörfen, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um hohe Beteiligung eruchtet.
144/18 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Ernst Schulz
Waldstr. 26, am 30. Oktober an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichs-Strassen-Friedhofes aus nach dem neuen Johanniskirchhof in Pläthen/see statt.
Hohe Beteiligung erwartet.
127/5 Die Ortsverwaltung.

Am Freitag, den 30. Oktober, fand ganz plötzlich und unerwartet unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Bauarbeiter
Fritz Preppernau
im Alter von 37 Jahren.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Philipp-Apostel-Kirchhofes, Müllerstraße aus auf dem Neuen Friedhof in der Seebergerstraße statt. 277/5
Die Hinterbliebenen.

Man melde Nachahnungen!
Bei Husten, Heiserkeit, rauhen Hals helfen
Rachel's Mustertropfen
aberrassend schnell.
Nur echt mit Marke „Medico“
50 Pf. Unentbehrlich f. d. Soldaten im Felde! In Drogerien u. Apotheken, wo nicht, durch Otto Reichel, Berlin 45, Eisenbahnstr. 4.

Spezialarzt
Haut, Gyn., Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintrank jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren in u. Co. Long Laborat. f. Haut-Untersuchung, Fäden f. Gynäk., gegenüber Panoptikum, Friedrichstr. 81, Sonntag 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Am Sonntag früh 1 Uhr ent- schied sich nach langem schweren Weiden mein lieber Mann, unser treuer Freund, Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Gastwirt
Hermann Tzschentke
im vollendeten 44. Lebensjahre.
Dies zeigt sich betrauert an
Frau Marie Tzschentke nebst Tochter, Adoliner Str. 7.
Die Beerdigung findet am Mittwoch am 4 Uhr von der Halle des Neuen Friedhofes, Hermannstraße, aus statt. 374b

Fast von der Heilmat im Osten land am 11. Oktober unser herzlich geliebter, unvergesslicher Sohn und Bruder
Fritz Richter
von der 6. Kompagnie, Garde-Genaschier, Regiment Nr. 5 in treuer Pflichterfüllung den Heldentod im 23. Lebensjahre.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Fritz Richter und Frau, 124/11 Beaufstr. 20.

Oskar Wollburg Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Max Raebel
lagen wir hiermit allen Angehörigen, besonders dem Ehemann, Jahrelangem Vater und dem Stiefvater „Gruß-Guß“, unseren herzlichsten Dank.
Seine **Mathilde Raebel** nebst Kindern.
Hellmuth Raebel und Frau als Eltern.
Berlin, den 3. November 1914, Christburger Str. 13. 273b

Ulster-
Stoffe, Damenleinen 3-4-5
Persianer mit 10.-15.-20.-
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21 gegenüber d. Petrikirche.

Hutformen,
moderne f. 40, Zylinderformen 0.90
375b **Migge,** Schönhauser Allee 146a.
Spezialarzt
Dr. med. Wockenfauß.
Friedrichstr. 125, (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage) Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufs- störung. Teilzahlung.
Spr. 11-2 u. 5-8, Sonntag 9-11.

„Täglichst Goldsowb 'Kronen'! Die größten, weil die könnlichste Wolkkn

Anheilbare Katarthe.
Die wenigsten Menschen sind sich bewußt, daß Schnupfen, Hals- und Nasenverstopfung usw. ihre Ursache in der Tätigkeit der Keimlebewesen (Bakterien) haben, die in den Schleimhäuten der Atmungsorgane die günstigsten Bedingungen zu ihrer Fortpflanzung finden. Diese Bakterien verbreiten durch ihre Fortpflanzung gewisse Absonderungsprodukte, die giftig wirken (Toxine) und dadurch weitere Teile der Schleimhäute reizen und für die Ausbreitung empfänglich machen. Auf diese Weise entstehen leicht durch einen vernachlässigten Schnupfen oder Husten die schweren Leiden: Nerven, Nerven, Kehlkopf, Luftröhren, Bronchialkatarth, Asthma, Infuenza usw. — Natürlich sind auch alle diese Zustände ansteckend, weil die Bakterien sich im Speichel in Massen befinden und mit dem Atem nach außen gelassen werden.
Es fehlt nun aber unumstößlich fest, daß die Entlastung dieser Bakterienbrut den Luftwegen der Atmungsorgane folgt. Logischerweise kann man ihnen also am besten nur auf diesem Wege beseitigen, d. h. durch Einatmung besonders häufig bedürftiger Dämpfe, welche die Bakterien zum Absterben bringen. Daher haben Vorkriegs- und Kriegszeiten mit Jod, Bismutstein usw. oft keinen Erfolg, weil sie nur einen Teil der infizierten Schleim-

häute treffen und häufig das Uebel verschlimmern. Ebenso nügen auch Zinkluren mit Salzen oder äußere Behandlung mit warmen oder kalten Umschlägen oft sehr wenig und können unter Umständen den Zustand des Kranken sogar noch verschlechtern; die hierliegende Bakterienflora wird dadurch nicht alliiert und nach einiger Zeit ist das alte Leiden wieder da. Deshalb erweisen diese Zustände den meisten als unheilbare Katarthe.
Von der Firma Carl A. Laneré, Wiesbaden 16 L. ist ein kleiner sinnreicher Apparat konstruiert, der nach besonderem Verfahren ausdewählte wissenschaftlich beachtete Stoffe zum Einatmen bis in die tiefsten Luftwege bringt, ohne Reizstoffe zu verursachen oder sonstige die Schleimhäute angreifen, und zwar auf saltem Wege, um auch einer neuen Erklärung vorzubeugen. Hiermit sind ganz ausgezeichnete Erfolge erzielt worden, worüber sich mehr als 16.000 Patienten, darunter auch zahlreiche Ärzte, in begeisterten Briefen ausdrücken. So schreiben unter vielen anderen:
Herr Ernst Fischer, Ingenieur, Hermannsdorf bei Berlin, Hennigsdorfer Str. 29: Der im November verg. Jahres von Ihnen bezogene Inhalator hat sowohl mir als auch meiner Familie ganz hervorragende Dienste geleistet. Ich litt seit September verg. Jahres an einem hartnäckigen Bronchialkatarth, der allen Heilmitteln trotzte und

ich ließ mir deshalb Ihren Inhalator kommen. Schon nach mehrmaligem Gebrauch bekam ich Linderung, der Auswurf erfolgte schmerzlos, der Husten wurde looser. Nach 14-tägigen Gebrauch war der Katarth gänzlich verschwunden. Seitdem ist der Inhalator das Mittel gegen alle Erkältungskrankheiten in meiner Familie geworden. Bei Hals- bzw. Mandelentzündung wirkt er geradezu Wunder. Letztere sind seit dem nun einlässigen Gebrauch des Inhalators beseitigt. Das Brennen im Halse löst sich nach einmaligem Gebrauch auf, etwa vorhandener Belag verschwindet schnell. Ich werde demzufolge jede Gelegenheit gern benutzen, Ihren Inhalator weiter zu empfehlen; mehrere befreundete Familien haben denselben bereits angekauft.
Herr Rudolf Senf, Weiskau 6, Frankfurter Straße 64, schreibt: Zu meiner Freude kann ich Ihnen mitteilen, daß sich Ihr Inhalationsapparat sehr gut bewährt hat. Nach den ersten Inhalationen schon trat ich Besserung bei einem hartnäckigen Luftröhrenkatarth und nach dreiwöchigem Gebrauch war er vollständig geschwunden. Ich kann und werde Ihren Apparat jederzeit warm empfehlen.
Warnung! Achten Sie genau auf den Namen Laneré und die patentamtliche Schutzmarke „Die

Kur im Hause“, damit Sie auch wirklich den echten und allbewährten Original-Laneré-Inhalator erhalten, da minderwertige Nachahmungen im Handel sind. Kein zweiter Apparat kann sich wie dieser auf 15.000 Zeugnisse von Ärzten und Patienten berufen.
Nähere Auskunft über den Original-Laneré-Inhalator wird von der Firma Carl A. Laneré, Wiesbaden 16 L. gern kostenlos und ohne Kaufzwang erteilt. Verlangen Sie noch heute gratis belebende Großkarte. Den Kupon wollen mit anschnitten und als Drucksache der Firma einsenden.
Firma Carl A. Laneré, Wiesbaden 16 L.
Ich wünsche Auskunft über Ihr neues Inhalationsapparat. Es dürfen mir jedoch keine Kosten entstehen.
Name u. Stand:
Wohnort:
Genaue Adresse:
Im offenen Briefumschlag mit 3 Pf. frankieren.

Aus Groß-Berlin.

Lücken im Unterstützungswesen.

Das jetzige Unterstützungswesen für die aus Anlaß des Krieges in Not Geratenen enthält verschiedene Lücken. Abgesehen von der vielfach unzureichenden Höhe der Unterstützung für die Familien Notleidender ist an die ledigen Leute wenig gedacht worden.

Soweit es sich um die Mietsfrage handelt, gibt es für diese Kategorie Unterstützungsbedürftiger bisher keinerlei Hilfe. Es mag noch angehen, wenn die ledige Person bei den Eltern wohnt, wo die Mietsfrage in solchem Falle weniger brennend ist, was machen aber all die vielen Leute, die in Asterniete oder in Schlafstelle wohnen?

Merkenstwert ist, daß diejenigen Arbeitslosen als ledig gelten, die als geschieden geführt werden und getrennt leben. Endlich sind alle diejenigen Arbeitslosen von jeglicher Unterstützung ausgeschlossen, die nach dem 1. Juli nach Berlin gekommen sind.

Zum Stand des Beschäftigungsgrades in Groß-Berlin.

Die Gesamtzahl der versicherungspflichtigen Mitglieder von 237 Krankenkassen Groß-Berlins hat nach dem neuesten Wochenberichte des Statistischen Amtes der Stadt Berlin von 984 980 am 17. auf 1 000 716 am 24. Oktober, demnach um 15 736 oder 1,60 Proz. zugenommen.

Unter den in dem Bericht unterschiedenen Gewerbegruppen ist die Entwicklung bei der Metall- und Maschinenindustrie hervorzuheben, indem die Steigerung sich hier auf 2140 oder 1,31 Proz. belief.

Aus dem Bericht des Statistischen Amtes ist ferner bezüglich der Arbeitslosigkeit bei 41 Fachverbänden der freien Gewerkschaften die Abnahme von 30 730 auf 28 844, d. i. um 1886 oder 6,14 Proz. für die Woche vom 19. bis zum 23. Oktober hervorzuheben.

Die Gestaltung des Arbeitsmarktes.

Die Wirkungen des Krieges machen sich, wie aus der neuesten Wochenübersicht des Statistischen Amtes der Stadt Charlottenburg hervorgeht, vor allem auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes bemerkbar. Bei den Arbeiterkrankenkassen ist die Mitgliederzahl der männlichen Versicherungspflichtigen im Juli um 1590 = 3,8 Proz., im August dagegen um 11 503 = 28,8 Proz. gesunken.

Aufnahme leerstehender Wohnungen.

In der ersten Hälfte des Monats November findet eine Aufnahme der leerstehenden Wohnungen und Werberäume durch Beauftragte des Städtischen

Statistischen Amtes in Berlin statt. Diese Erhebung hat insbesondere für den städtischen Grundbesitz eine große Bedeutung. Öffentlich wird es möglich sein, die Ergebnisse schon nach kurzer Zeit der Öffentlichkeit zuzuführen, was gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders wünschenswert erscheint.

Die städtische Kunstdputation hat in ihrer letzten Sitzung u. a. beschlossen, ein von Professor Kunz-Meyer gemaltes Porträt von Paul Hense anzulassen. Es ist für die städtische Sammlung wertvoll, ein nach dem Leben gemaltes Porträt Paul Henses zu besitzen, der bekanntlich geborener Berliner ist.

Erwerbslosenfürsorge in Charlottenburg.

Die Einführung einer Erwerbslosenfürsorge während des Krieges plant jetzt endlich auch eine der letzten Groß-Berliner Gemeinden Charlottenburg. Wie erinnerlich, hat die Stadtverordnetenversammlung den sozialdemokratischen Antrag auf Schaffung einer Arbeitslosenfürsorge nach Berliner Muster abgelehnt.

Für die ganz oder teilweise erwerbslosen Arbeiter, Gesellen und Handlungsgehilfen soll die Normalunterstützung, falls keinerlei sonstige Einnahmen vorhanden sind, betragen für alleinstehende Männer oder Frauen wöchentlich 6 M., für ein Ehepaar oder zwei erwachsene Personen, die einen gemeinsamen Haushalt führen, 9 M., für jedes Kind unter 15 Jahren 1,50 M., für jede erwachsene Person desselben Haushalts 3 M.

Bei teilweiser Erwerbslosigkeit kann, wenn der Arbeitsverdienst wöchentlich nicht mehr als die Normalunterstützung beträgt, ein Zuschuß zu dem Arbeitsverdienst derart gewährt werden, daß Arbeitsverdienst und Zuschuß zusammen 150 Proz. der Normalunterstützung erreichen, wobei der Zuschuß jedoch nicht mehr als die Normalunterstützung selbst betragen darf.

Akomplizierter können die Bestimmungen nicht gut sein. Man sieht, wohin es führt, wenn man die bewährten Grundlagen gewerkschaftlicher Unterstützung verläßt.

Beim Eisbeinessen erstikt

Ist vorgestern der 42 Jahre alte Maler Otto Luffrian, I. erschien abends in einer Schankwirtschaft in der Mühlstraße und verzehrte dort ein Eisbein. Hierbei geriet ihm ein Knochenstück in die Luftröhre.

Die Wilmersdorfer Stadtverordnetenwahl

war in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Gegenstand einer Besprechung. Der Vorsitzende, Genosse Ruppert, berichtete zunächst von einer stattgehabten Sitzung mit den bürgerlichen Parteien, wonach nunmehr ein Wahlabkommen getroffen sei, ohne Stampf den alten Bestehenden der Mandate zu ermöglichen.

Ihren Vertretungen erlegen ist die 12 Jahre alte Schülerin Gertrud Kunzendorf aus der Lehrter Str. 20, der am Sonntagabend bei dem von uns gemeldeten Automobilunfall ein Arm abgefahren wurde.

Hundsteuer-Eintreibung.

Wer seine Steuern trotz Mahnung nicht bezahlt, hat Pfändung zu erwarten. Schade! man Hundsteuer, so kann auch der Hund gepfändet werden. Das geschieht in Berlin unter Mitwirkung des Deutschen Tierzuchtvereins, der seine Jagdbeamten mitgibt.

nicht, daß es sich dabei um ganz seltene Vorkommnisse handelt. Im Steuerjahr 1912/13 wurde in Berlin, wie die Steuerdeputation des Magistrats in ihrem Verwaltungsbericht sagt, bei der Hundsteuer nach erfolglosem Pfändungsversuch in 291 Fällen die Abholung der Hunde und Nebertreibung an den Deutschen Tierzuchtverein angeordnet.

Nachdem Leute, die dieses Verfahren der Hundsteuer-Eintreibung noch nicht kennen, sind erstunken, wenn sie es mal mit ansehen müssen. Große Befremdung hat ein Fall hervorgerufen, der sich vor einigen Tagen in einem Hause der Gartenstraße abspielte, und dessen Opfer die Frau eines Kriegsteilnehmers wurde.

Richtig mag sein, daß Hundspfändungen sich oft als wirksames Eintreibungsmittel bewähren. Wer aber Verständnis dafür hat, was ein Hund einem Menschen sein kann, wird wünschen müssen, daß dieses Verfahren unterbleibe.

Die Auer-Gesellschaft und Gehaltszahlung.

Ueber die Deutsche Gas- und Licht-Aktiengesellschaft (Auer-Gesellschaft) brachte der „Vorwärts“ am Sonnabend eine Notiz, in der die Wiederzahlung des vollen Gehalts als nachahmenswert bezeichnet wird. Dazu schreibt uns der Zentralverband der Handlungsgehilfen: Die Firma hat von den insgesamt 1200 kaufmännischen Angestellten im September etwa 300 entlassen.

Man darf vor der Hand annehmen, daß die angedrohten Kündigungen nicht zur Ausführung kommen werden, da die Firma nach ihrer eigenen Feststellung für das kaufmännische Personal hinreichende Beschäftigung hat.

Straßenunfälle. In der Eisenstraße in Treptow fuhr am Sonntag gegen 1/2 Uhr ein Wagen der Straßenbahnlinie 10 in eine falsche Weiche und stieß dabei gegen den Vorderperron eines aus entgegen gesetzter Richtung kommenden Treibwagens derselben Linie.

Das Gebrüder Herrnsfeld-Theater hat nun auch sein Kriegsstück und hat damit anderen Vorbildern nachgeeifert. „So leben wir“ heißt die wieder von den beiden Herrnsfelds verfasste Komödie, die am Sonnabend zum ersten Male über die Bretter ging.

Zwei Hausverwalter,

deren Verhalten gegen zwei Kriegerfrauen wir besprochen (in Nr. 294 und in Nr. 296), wünschen sich zu rechtfertigen. Anstatt sich nur zu den von uns gemachten Angaben zu äußern, erzählen sie daneben allerlei von ihrem guten Einvernehmen mit anderen Mietern.

Herr Hjerroth, Verwalter von Hochstädter Str. 16, hat sich mit einem langen Brief an uns gewandt. Er will zeigen, daß er gegenüber seinen Mietern sehr human sei. In diesem Brief teilt er uns die Mietschulden von anderen Kriegerfrauen des Hauses mit und zwar unter Verfassung der vollen Namen. Daß wir die Zahlen und Namen veröffentlichen, wird uns niemand zumuten wollen. Ebenso werden wir nicht wiedergeben, was Herr Hjerroth an beleidigenden Worten über jene von uns in Nr. 296 erwähnte Kriegerfrau sich leistet. Den Mann tadelt und lobt er in einem und demselben Satz als „ganz saulen Mietzahler“ und (zwei Zeilen tiefer) als „anständigen Menschen, der seinen Verpflichtungen nachkommt“. Dunkel ist der Rede Sinn. Die von uns gegebene Darstellung wird durch den Brief Hjerroths bestätigt mit Ausnahme nur des Umstandes, daß er zu der Frau von Ermiffion geredet und den „Vorwärts“ wegen der Artikel über die Unzulässigkeit der Ermiffion von Kriegerfrauen ein „Däseblatt“ genannt habe. Das bestreitet er, aber die Frau bleibt bei ihrer Darstellung. Wie übrigens Herr Hjerroth über die Zeitungskritik der Frau denkt, zeigt folgender Satz seines Briefes: „Selbstverständlich habe ich gesagt, sie solle statt Zeitung lesen lieber für die Kinder sorgen, die den ganzen Tag sich selbst überlassen sind.“

Herr Schmidt, Verwalter von Antwerpener Str. 48, über den wir in Nr. 294 berichteten, hat sich zu uns bemüht. Er erklärt unsere Wiedergabe seiner Äußerungen gegenüber der Frau des im Felde stehenden Mietschuldners für unrichtig; aber die Frau hält ihre Angaben aufrecht. Auch Herr Schmidt sagt, daß andere Mieter mit ihm sehr zufrieden seien. Er wird ja wohl nicht das aus der Welt schaffen können, daß er die Kriegerfrau auf Mietzahlung und Räumung verklagt hat. Zum Termin am 30. Oktober war er nicht erschienen, und der Richter schickte die Verklagte ohne Entscheidung nach Hause. Andernfalls hätte selbstverständlich sofort die Klage bis zur Rückkehr des im Felde stehenden Ehemanns ausgesetzt werden müssen. Nun hat Herr Schmidt zu seiner Rechtfertigung uns einen vom 23. Oktober datierten Brief der Frau des Hauseigentümers vorgelegt. Darin teilt sie ihm mit, soeben sei jene Mieterin bei ihr gewesen und habe ihr etwas vorgelesen, weil er sie verlor habe. „Ich habe ihr aber“, fährt sie fort, „gesagt, daß Sie über alle Hausangelegenheiten vollständig freie Verfügung hätten und ich mit dem Hause nichts zu tun haben möchte. Bitte, handeln Sie so, wie Sie es für richtig halten“. Gegenüber diesem Brief bleibt die auf Ermiffion verklagte Kriegerfrau dabei, die Hauswirtin habe das Vorgehen des Verwalters scharf mißbilligt, einen Auftrag zur Lageraufnahme in Aussicht gestellt und schließlich ihr noch ein Geldgeschehen eingehändigt. Wir hatten uns wirklich gefreut, hier einmal eine Hauswirtin loben zu können. Jetzt sollen wir durch diesen Brief, der allerdings sonderbar klingt, uns die Freude verderben lassen? Hat die Wirtin vielleicht nur sagen wollen, daß der Verwalter, der ja von dem gleichfalls im Felde stehenden Hauseigentümer weitestehende Vollmacht hat, das Rechte tun sollte und werde? Der Mann der verklagten Mieterin hat auf die Nachricht von dem Vorgehen des Verwalters sich in zwei nach Hause geschickten Briefen mit erregten Worten gedehnt. Von dem Hauseigentümer nimmt er an, daß dieser, wenn ihm die Sache vorgebracht werden könnte, dem Verwalter nicht recht geben würde.

Unseres Erachtens hätten beide Hausverwalter besser getan, uns nicht zu veranlassen, daß wir uns nochmals mit ihnen beschäftigten.

Zeugen gesucht. Diesenigen Personen, die gesehen haben, wie in der Nacht vom 26. zum 27. Oktober eine Zeitungshändlerin von einem Privatautomobil vor dem Vierhaus Sichen am Potsdamer Platz überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adressen an Frau Elisabeth Jaenicke, Bernauer Str. 48, abzugeben.

Die Irteurgeschäfte in Rügen werden vom 2. November ab nach einem Beschlusse der freien Vereinigung, der Innung sowie der keiner Korporation angehörenden Freizeiter um 8 Uhr geschlossen. Die uns mitgeteilt wird, ist der Beschluß gefaßt worden, um in der gegenwärtigen schlechten Zeit die Lasten für Licht und Heizung zu ersparen.

Soziales.

Eine mißglückte Schiedung.

Von dem Kaufmann Heymann, als den Mitinhaber des Rechts- und Defektbüreaus „Rechtswissenschaftliche Vereinigung“, Cranienburger Straße, forderte eine Schreibdame gestern vor dem Gewerbegericht rüchthändiges Gehalt für Juli und August, in Summa 80 Mark.

Der Beklagte bestritt, der richtige Beklagte zu sein und behauptete, ein gewisser Reiffer, der jetzt im Felde steht, sei Arbeitgeber gewesen. Heymann mußte zugeben, daß Reiffer lediglich seine Kenntnisse dem Geschäft „eingebracht“ habe. Er selbst aber hätte nur dem Reiffer das erforderliche Kapital verschafft. Geldgeberin sei seine Schwester. Für die Geldbeschaffung hat er sich die Hälfte des Reingewinnes zusichern lassen. Auf Heymanns Namen war das Telefon angemeldet. Er führte auch die Bücher sowohl wie die Kassengeschäfte. Eine polizeiliche Anmeldung des Gewerbebetriebes lag nicht vor, so daß also auch hieraus über die Inhaberschaft nichts festgestellt werden konnte.

Das Gericht sah aus diesen Umständen eine Mithaftung des Beklagten Heymann für vorliegend an und verurteilte ihn zur Zahlung.

Gerichtszeitung.

Postunterschleife.

Gegen jugendliche Postausbender richteten sich mehrere zurzeit bei den Moabitischen Gerichten schwebende Strafverfahren. Am gestrigen Tage hatten sich allein vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III zwei derartige ungetreue Posthilfsbeamte zu verantworten.

In dem ersten Falle handelte es sich um den Postausbender Leo Montwof, der bei dem Postamt 5 in Charlottenburg beschäftigt gewesen war. Der Angeklagte hatte den Auftrag erhalten, eine Anzahl Briefe nach dem Postamt 2 in Charlottenburg zu überführen. Unterwegs eignete er sich einen an die Romanwerke gerichteten Brief, der einen Scheck auf die Deutsche Bank über 500 Mark enthielt, an. Er veranlaßte dann einen Bekannten, namens Anton Wlad, den Scheck bei der Bank einzuziehen. Dieser erhielt auch das Geld ausbezahlt und bekam dann von dem Angeklagten einen Teil des erbeuerten Geldes als Belohnung. Nur durch den Umstand, daß Wlad bei der Bank mit seinem richtigen Namen quittiert hatte, kam das Vergehen des Angeklagten zur Entdeckung. — Mit Rücksicht auf den großen Vertrauensbruch erkannte die Strafkammer auf 5 Monate Gefängnis und Aberkennung des Rechts zur Bekleidung öffentlicher Ämter.

In dem zweiten Falle handelte es sich um den Postausbender Paul Wetze aus Pantow. — Fines Tages fand das Dienstmädchen des Amtsgerichtscafé's Poete in Pantow in dem Vorgarten des Grundstücks Berliner Straße 125 eine Unmenge zerstreuter Briefe und Postkarten mit verschiedenen Adressen. Der Amtsgerichtsrat setzte die einzelnen Schmelz zusammen und handigte die Sachen der Postbehörde aus, da er zu der Ueberzeugung kam, daß es sich

hier um widerrechtlich beiseitegeschaffte Briefschaften handelte. Die Postbehörde stellte fest, daß es sich um Briefe aus dem Postbezirk des Angeklagten handelte, der sie offenbar aus Bequemlichkeit weggeschleppt hatte, um nicht erst die Treppen steigen zu müssen. Das Gericht kam zu einer Freisprechung, da es den Sachverhalt nicht für genügend aufgeklärt erachtete.

Ein Gaunerstreich.

Einen Betrugsversuch an einem Posthalter hat der Händler Theodor Sprung unternommen, der dieserhalb vor der 3. Strafkammer sich zu verantworten hatte. Ein Kaufmann V. hatte bei der Postanstalt auf eine Postanweisung die Summe von 175 M. eingezahlt, die für eine auswärtig wohnende Filialleiterin bestimmt war. Herr V. hatte den als Bescheinigung für die erfolgte Einzahlung dienenden Teil der Anweisung verloren und dieser war von dem Angeklagten gefunden worden. Im Handumdrehen machte sich der letztere einen Plan zur Verwertung dieses Fundes zurecht und führte ihn in folgender Weise aus: Er erschien schleunigst an dem Posthalter und trat dort unter Vorweisung der Empfangsquittung als der Einzahler des Postanweisungsbetrages auf. Er ersuchte den Schalterbeamten, ihm doch die Anweisung selbst noch einmal vorzulegen, da er vergessen habe, eine für die Empfängerin wichtige erläuternde Bemerkung aufzuschreiben. Die Anweisung wurde auch wirklich zu dem angegebenen Zweck nochmals hervorgeholt und der Angeklagte versah sie mit der Bemerkung, daß die Empfängerin den Betrag sofort an die Adresse des Angeklagten senden solle. Damit verließ der Angeklagte das Postamt. Bald darauf erschien dort ein Angestellter des Herrn V. und teilte den Verlust des Quittungsabschnittes mit, um auf diese Weise einer etwaigen mißbräuchlichen Verwendung vorzubeugen. Zu seinem Erstaunen konnte ihm nur die Mitteilung werden, daß inzwischen eine solche schon in Szene gesetzt worden wäre. Es wurde dann seitens des Herrn V. eine neue Postanweisung in der Form eines Duplikats ausgeschrieben und an die Filialleiterin abgeschickt, die erste aber zurückgehalten und zu weiteren Nachforschungen nach der Person des Angeklagten benutzt, dessen Ermittlung keine großen Schwierigkeiten machte. Das Schöffengericht hatte diesen verfahrensmäßig Gaunerstreich mit der sehr milden Strafe von einem Monat Gefängnis geahndet. Hiergegen legte der Angeklagte noch Berufung ein und verzichtete, dem Gerichtshof zum Beweise seiner Unschuld ein überaus wichtiges Märchen aufzubringen, mit dem Erfolg, daß der Gerichtshof sein lebhaftes Bedauern darüber ausdrückte, daß nicht auch der Anwaltverfugung eingeleitet hätte. Da der Angeklagte ein Viehdieb, auch mit Zuchthaus vorbestrafter Mensch ist, würde er in diesem Falle wahrscheinlich aufs neue ins Zuchthaus gewandert sein. Die Berufung wurde verworfen.

Verkauf in Markthallen.

Der Fleischermeister Hänel sollte § 3b der Markt-Polizeiverordnung für die Berliner südlichen Markthallen vom 25. Oktober 1912 übertreten haben. Darin wird bestimmt, daß vor Beginn und Schluß der vorgeschriebenen Geschäftszeit in den Markthallen nichts verkauft werden darf. H. hatte vor Schluß der Verkaufszeit einem Verwandten Fleisch verkauft und eingepackt, es aber gestattet, daß das Fleisch in seinem Stand liegen blieb. Hier holte es der Käufer am nächsten Tage vor Beginn der Geschäftszeit ab. Das sah die Behörde als eine Uebertretung der zitierten Bestimmung an.

Das Kammergericht als letzte Instanz nahm jetzt in Uebereinstimmung mit dem Landgericht keine Uebertretung der Vorschrift an und billigte die Freisprechung des Angeklagten. Zur Begründung wurde ausgeführt: Es möge zugegeben werden, daß auch die Uebergabe der Ware noch als ein Teil des Verkaufs, angesehen werden könne. Hier sei aber die Uebergabe der verpackten Ware bereits am Verkaufstage rechtzeitig erfolgt. Es sei dann ein neuer Vertrag abgeschlossen worden zwischen dem Angeklagten und dem Käufer, dahingehend, daß Angeklagter die Ware bis zum nächsten Tage aufheben sollte. Wenn sie der Käufer dann am anderen Tage abholte, könne darin ein Teil der Verkaufshandlung nicht mehr gefunden werden. Der Angeklagte könne darum nicht verurteilt werden, obwohl das Abholen der Ware vor dem Beginn der Geschäftszeit erfolgte.

Aus Industrie und Handel.

Die Arbeitslosigkeit im ersten Kriegsjahr.

Man durfte mit Spannung dem ersten in die Kriegszeit fallenden Vierteljahrsbericht des Reichs Stat. Amtes über die Arbeitslosigkeit in deutschen Hochverbänden entgegensehen, der einen Aufschluß über den tatsächlichen Umfang der allgemeinen Arbeitslosigkeit geben würde. Freilich ist dieser Aufschluß auch kein umfassender, da von den 52 der Berichterstattung angeschlossenen Verbänden nur 18 Nachweise eingehendst haben. Diese Nachweise beziehen sich auf 1 010 283 Mitglieder, während beispielsweise im vorliegenden Quartal über 2 182 622 Mitglieder berichtet wurde. Es waren von diesen Mitgliedern am Schluß der letzten Quartalswoche 161 164 als arbeitslos am Orte und auf der Reise gemeldet worden, das sind 16 Proz. Das vorliegende Vierteljahr schloß mit einem Prozentatz an Arbeitslosen von 2,5. Die Steigerung ist also groß. Innerhalb bedeutet der Ende September festgestellte Sach schon ein Kaslassen der Arbeitslosigkeit, die Ende August sogar die Höhe von 22,4 Proz. erreicht hatte. Mit Ausnahme des Guttenbergbundes, bei dem die Arbeitslosigkeit noch um ein geringes, nämlich von 28,0 auf 29,4 Proz. stieg, machte sich bei allen übrigen für die beiden Monate vergleichbaren Verbänden ein Rückgang bemerkbar.

Beachtenswert ist, daß der Prozentatz der arbeitslosen weiblichen Mitglieder, der sonst stets hinter dem der männlichen zurückbleibt, diesmal 20,9 gegen 15,2 Proz. beträgt. Es erklärt sich dies natürlich dadurch, daß von den männlichen Mitgliedern eben ein großer Teil im Kriege ist und dadurch die Zahl der Arbeitslosen vermindert. Nur bei den Transportarbeitern und den Textilarbeitern ist der Prozentatz der weiblichen Arbeitslosen kleiner als der der männlichen. Die höchsten Arbeitslosenziffern wiesen auf

	Ende August	September
Bildhauer (Gewerksch.)	55,2	48,5
Putzmacher (Gewerksch.)	62,2	46,3
Vergeltungsarbeiter (Gewerksch.)	54,0	41,8
Glasarbeiter (Gewerksch.)	49,7	41,6
Buchdrucker (Gewerksch.)	41,2	33,2
Genefelder-Bund (Gewerksch.)	54,8	31,7

Umgekehrt hatten die niedrigsten Arbeitslosenziffern an beiden Stichtagen:

Gemeinde- u. Staatsarb. (Gewerksch.)	1,8	1,1
Notenstecher (Gewerksch.)	12,8	1,1
Vauereier u. Mühlenarb. (Gewerksch.)	1,7	1,5
Kupferkammer (Gewerksch.)	4,0	2,7
Rüchener (Gewerksch.)	16,3	3,1
Schuhmacher und Lederarb. (G. D.)	18,2	5,4

Endlich seien noch die Arbeitslosenziffern unserer größten Gewerkschaften genannt:

Bauarbeiter (206 875 Mitglieder)	16,4	11,4
Fabrikarbeiter (151 892 Mitglieder)	16,3	11,2
Transportarbeiter (142 643 Mitglieder)	10,8	8,6
Holzarbeiter (124 318 Mitglieder)	38,0	26,8
Textilarbeiter (116 283 Mitglieder)	26,2	17,1

Der Bergarbeiterverband und der Metallarbeiterverband haben nicht zur Statistik berichtet. Bei ersterem ist überhaupt keine Arbeitslosigkeit vorhanden, während die Metallarbeiter mit ziemlich hohen Ziffern von Erwerbslosen zu rechnen haben.

Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Jedenfalls zeigen die amtlichen Veröffentlichungen zur Genüge, wie notwendig ein weiteres Eingreifen der Gesamtheit zur Linderung der Arbeitslosigkeit und der dadurch hervorgerufenen Not ist.

Kleine Nachrichten.

„Patriotischer Klimbin“.

Im „Hamburger Fremdenblatt“ war neulich zu lesen: „Kam da neulich ein junger Offizier in ein Berliner Café, und als er den Mantel ablegte, wurde das Eiserne Kreuz auf seiner Brust sichtbar. Sofort brach die Musik ab und begann das „Deutschland, Deutschland, über alles“. Man sieht ordentlich, wie die ganze Besatzung, vom Kapellmeister bis zum Vikfoko, jeden eintretenden Soldaten belauert, damit der patriotische Teid ja auch gelingt. Der junge Offizier hatte aber kaum begriffen, als er auch schon den Mantel wieder umwarf und das Lokal verließ. „Wir haben“, so äußerte er zu einem Freunde, „ein einzigmal im Felde das Lied gefungen, nach einer großen blutigen Schlacht, da standen uns allen die Tränen in den Augen — da steht einem solch patriotischer Kaffeehaus-Klimbin nicht mehr an!“

Der Würde der Zeit ist jenes Geldentum, das sich durch besondere Lärmen hervorruft, tatsächlich wenig angemessen.

Professorenstil.

Im „Berliner Tageblatt“ läßt sich Herr Prof. Dr. Werner Sombart des längeren über die Weltlage aus. Dabei liest man:

„Ich persönlich empfinde das „Königreich“ Montenegro als einen schlechten Bis der Weltgeschichte. Belgien betrachte ich als eine Mißgeburt der Politik und die belgische „Nationalität“ hat für mich einen leisen Anflug von Romil. Im übrigen können einem die Leute leid tun. Serben und Japaner lösen eher ein Gefühl des Widerwillens und Abscheus aus, und ich komme von dem Gedanken nicht los, daß man ehrliebe Waffen beschmußt, wenn man mit solchen Völkern fiht. Die Serben kennen wir ja nur als Raufesallenhändler und Studenten und dann aus ihrer unsagbar schmutzigen Regentengeschichte. Die Japaner, mit denen man ja als akademischer Lehrer nur allzu oft zu tun hat, habe ich schon vor dem Kriege nie eigentlich als Menschen, sondern immer nur als außerordentlich gelehrige Halbaffen angesehen. Ein eigentlich menschliches Gefühl ihnen gegenüber wird man schwer aufbringen können. Auch ganz gewiß keinen. Man „laßt“ doch auch den Höter nicht, der einem auf der Straße in die Baden fährt, sondern begnügt sich damit, ihn zu verprügeln.“

Allerdings erklärt selbst die Redaktion des „Berl. Tagebl.“, daß sie mit vielen Ausführungen des Herrn Professor Sombart nicht einverstanden sei.

Parteiveranstaltungen.

Frauenversammlungen.

Sechster Wahlkreis. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, finden zwei öffentliche Frauenversammlungen in folgenden Lokalen statt: Rilla-Säle, Schönhauser Allee 130, und Pharus-Säle, Müllerstr. 142. Zum Vortrage gelangt: „Wer hilft den Frauen der Krieger und der Arbeitslosen?“ Referentinnen sind die Genossinnen Luise Jick und Alara Beyl.

Marieuborf. Der zweite Vortrag des Genossen Dunder findet heute Dienstag, pünktlich 1/9 Uhr, bei Benshof, Gausseck 27, statt. Potsdam. In der Wahlvereinsversammlung am Mittwoch spricht Genosse Dr. Karl Westphal über „Die deutsche Schwerindustrie und der Krieg“.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Pindener Str. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 3 bis 6 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnemententscheidung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen frage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

C. F. 153. Stellen Sie einen Antrag auf Extraurückzahlung bei zurückbliebenen Steuerzinsen. — R. S. 6. 1. Die Aufnahme erfolgt durch Ueberweisung durch den zuständigen Armenvorsteher, wenn Hilfsbedürftigkeit vorliegt; Ehepaare können gemeinsam dort wohnen. — W. S. 29. Sie können lediglich um weitere Unterstützung einkommen und den Wert dadurch, daß Sie überhaupt keine Rente zahlen, da es nichts nachlassen will, zu einem endlichen Kaschlag veranlassen. Eine Klage auf Ermiffion gegen Sie würde keinen Erfolg haben. — R. S. 18. Die Frau erhält 400 M. Witwenrente von dem auf den Tod des Verstorbenen folgenden Tag an und 168 M. für jedes der beiden Kinder jährlich. — G. S. 30. 1. Brandanlage und herabzuden. Rantsturmgefährlich 2. und 3. Da es nicht vorauszufragen. — Döring 23. Wegen Unterhaltsbeiträge werden Sie voraussichtlich nicht mehr herangezogen werden. — G. S. 100. Die Sachen könnte der Mann verlangen. Der Ehemann hat aber die Pflicht, die Frau unter allen Umständen zu alimentieren. Das Urteil der Frau kann er keineswegs verhängen. Ob die Frau an den Vertrag gebunden ist, hängt von dem Inhalt des Vertrages selbst ab, der uns nicht bekannt ist. — R. S. 31. 1. Wegen Verweiden untauglich. 2. Nein. — R. S. 1908. 1. und 2. Die Ehe ist gültig. Die Kinder sind ehelich. — G. S. 66. 1. Wegen Unterhaltsdrucks zurückgestellt. 2. Wegen krankhafter Veränderung der Erbellebens untauglich. 3. Wegen Mängel der Kauverträge zurückgestellt. — W. S. 3. Sie sind erhaltungslos. — G. S. 55. Sie sind keineswegs zur Zahlung verpflichtet, ebenso wenig zur Rückgabe des Anzugs. Das Abhängigkeitsverhältnis hat so lange zu warten, bis Ihr Ehemann aus dem Kriege heimkehrt. Auf seine Drohung brauchen Sie nicht zu antworten. Besuchen Sie sich aber die Drohung auf. — W. S. 82. Nach § 5 des Gesetzes vom 4. August 1914 ist die Wändung gegen einen zum Heere Eingezogenen zulässig, aber es darf keine Verheerung der gepfändeten Gegenstände stattfinden. — G. S. 36. Darnach untauglich wegen Schäden der Gliedmaßen. — R. S. 88. Auf Kinderlohn haben Sie Anspruch. Der Kinderlohn beträgt von dem Wert der Sache bis 300 M. 5 Proz., von dem Reichtum 1 Proz., bis 1000 M. 2 Proz. — R. S. 1894. 1. Ja. 2. Das kann Dänemark wollen, wie es will. 3. Von einer Todesstrafe in diesem Falle kann keine Rede sein. 4. Die Staatsverträge. 5. Der Betreffende soll sich weiden. — R.

Amthlicher Marktbericht der südlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit) Montag den 2. November. Fleisch: Rindfleisch 50 kg, Colonsfleisch 75-90, da. IIa 74-78, da. IIIa 66-73; Rindfleisch Ia 75-83, da. IIa 68-75; Rindfleisch, fett 60-65, da. mager 55-60; Rindfleisch 65-70, da. holl. 45-50, da. dan. 40-48; Bullen, dan. 60-70; Rindfleisch: Doppelfender 110-120; Rindfleisch Ia 85-90, da. IIa 70-84; Hammelfleisch: Rindfleisch 78-84; Hammel Ia 73-77, da. IIa 67-72; Schafe 67-72; Schmelzfleisch: Schweine Ia 74-78, Ia. IIa 64-73; Sauren, dänische 48-54. — Gemüse, im landliche: Kartoffeln, Daberische 50 kg 3,75-4,00; weiße Kasserollen 3,25-3,75; Magnum bonum 3,75-4,00; Weltmann 3,25-3,50; Porree 3,00-4,00-4,50; Sellerie, Schod 3,50-4,00; Spinat 50 kg 6,00-11,00; Kohlraben 2,00-2,50; Kohlrabi, Schod 0,70-1,10; Wirsingfobl 3,00-4,00-10,00; Wirsingfobl 50 kg 3,50-4,00; Weichfobl Schod 3,00-4,00; Weichfobl 50 kg 2,00-2,50; Kohlfobl, Schod 4,00-10,00; Kohlfobl 50 kg 4,00 bis 4,00; Grünfobl 50 kg 3,00-4,00; Kohlraben 50 kg 3,00-5,00; Zucchini 50 kg 12,00-18,00; Kürbische Rüben 50 kg 4,00-10,00; Bismarckfobl, Ernter, 100 St. 15,00-20,00; Rosenfobl 50 kg 22,00-25,00; Weichfobl, Schod 5,00-12,00; Petersilienwurzel Saodband 1,00-2,00; Radische Schodband 0,70-1,00; Salat Schod 2,00 4,00; Zwiebelfobl 50 kg 7,50-9,00; Tomaten 50 kg 7,00-10,00; Pfefferlinge 50 kg 30,00; Steinpilze 50 kg 15,00-25,00; Grünlinge 50 kg 4,00-6,00; Champignons 50 kg 10,00-25,00; Kürbis 50 kg 1,00-3,00.

Weiteransichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwochmittag: Im Binnenlande vielfach heiter, nur zeitweise nebelig. Ein Teil der Küste noch meist bewölkt, am Tage aber allmählich mild, nirgends erhebliche Niederschläge.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Reutolin. Für den Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin 30.